

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen, Zigarrenfabrik „Pfeil“, Wertheimstraße 10, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. Verkaufspreis monatlich 1,20 Goldmark, vierteljährlich 3,60 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werftätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Ferialprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Ring Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 8 Pf., Familienangelegenheiten, Stellenangebote, Vereins-, Besetzungs- und Wohnungsangelegenheiten 5 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Zur Nachwahl in Deutsch-OS.

12 Wahlvorschläge in Deutsch-Oberschlesien am 9. anerkannt.

W. meldet aus Oppeln: Unter dem Vorsitz des Verwaltungsgerichtsdirektors Gause tagte der Kreiswahlausschuss zur Prüfung der Wahlvorschläge für die am 21. September 1924 stattfindende Reichstagsnachwahl für den Wahlbezirk 9 Oppeln. Von den eingereichten 12 Wahlvorschlägen und zwar: 1. Kommunistische Partei, 2. Siedlerpartei mit Anschluss an den Reichswahlvorschlag der „Nationalen Freiheitspartei“, 3. Polnische Volkspartei, 4. Deutsch-Demokratische Partei, 5. Häuserbund, 6. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), 7. Deutsch-völkische Freiheitspartei, 8. Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes mit Anschluss an den Bayerischen Bauernbund, 9. Deutsche Volkspartei, 10. Deutsch-Sozialistische Partei, 11. Zentrumspartei (Katholische Volkspartei), 12. Deutschnationale Volkspartei, wurden alle als den Wahlvorschriften entsprechend anerkannt, zumal auch von den neuen Parteien die erforderlichen 20 Unterschriften vorlagen mit mindestens 500 Wählern.

Die Zersplitterung durch „Siedler-Partei“, „Häuser-Bund“ usw. geht also lustig weiter. Immerhin haben offenbar „Republikanische Partei“, „Lebendour-Gruppe“ und Theodor Liebknechts nicht vereinigter Teil der „USP.“ das aussichtslose Rennen in Deutsch-Oberschlesien endgültig aufgegeben. Die Deutschnationalen und Völkischen suchen durch höchsten Aufwand an Agitation unter persönlicher Führung von Herzog und anderen bekannten Berliner Führern ihre letzten sachlichen Blamagen im Reichstag auszugleichen. Auch das Zentrum macht wieder größte Anstrengungen, ebenso die Kommunisten.

Die Sozialdemokratie hatte bekanntlich in Oberschlesien bei der letzten Reichstagswahl im Gegensatz zu allen Parteien überhaupt keinen Abgeordneten erhalten. Nach der Ueberfiedlung der Unterbezirksleitung aus dem polnisch gewordenen Kattowitz nach Hindenburg war es ihr nicht gelungen, ein neues Agitationszentrum zu schaffen, wie es einst Kattowitz war. Auch diesmal ist seitens unserer ober-schlesischen Parteigenossen noch nicht entfernt das an Agitation zu spüren, was in Mittelschlesien bei einer Reichstagsnachwahl selbstverständlich wäre. Auch im Reich ist unsere Partei offenbar durch die letzten ungünstigen und tödlichen Wahlen der Oberschlesier zu enttäuscht, um kräftig einzugreifen. Wir bedauern das lebhaft und möchten hoffen, daß in den letzten 14 Tagen das Verjämte noch etwas nachgeholt wird, damit die sozialdemokratische Liste VI wenigstens Fortschritte macht. Es wäre bedauerlich, wenn die ober-schlesischen Arbeiter bei den kommenden Verhandlungen über Wirtschaftsfragen, die sie ganz besonders angehen (z. B. den deutsch-polnischen Handelsvertrag) nur durch kommunistische Schreibhülse oder durch bürgerliche Geschäftsmacher vertreten wären.

Die „Heimattreuen“ wollen Polnisch-OS wieder haben.

Dem deutschnationalen „Lokalanzeiger“ zufolge veranstalteten gestern die Verbände heimattreuer Oberschlesier ein Fahnenweihfest der Ortsgruppe Oppeln, Berlin, bei dem unter anderem der Oberpräsident von Oberschlesien, Prosk, anwesend war. Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der erneut darauf hingewiesen wurde, daß die Zustände in Polnisch-Oberschlesien durch die unjüngliche Grenzziehung immer unhaltbarer und die Leiden der ober-schlesischen Bevölkerung immer größer werden, und verlangt wird, daß Polnisch-Oberschlesien Deutschland wieder angegliedert werde.

Diese Entschließung beruht ebenso wie das vor einigen Tagen von den ober-schlesischen Verbänden nach Genf gesandte Telegramm auf einer absolut falschen Beurteilung der internationalen Lage. Solche Kundgebungen sind nicht nur ohne jede nützliche Wirkung, sondern sie schädigen in hohem Maße die gemeinsamen deutschen Interessen in Ost- und West-Oberschlesien. Sie reizen die Polen ganz unnötig und erneuern die Gefahr einer nationalen Welle in Polnisch-Oberschlesien. Wir bedauern die angebliche Teilnahme des Oppelner Oberpräsidenten, der dem Zentrum angehört. Den Deutschen in Polnisch-Oberschlesien ist nur durch Verhandlungspolitik zu helfen.

Marx bittet um gut Wetter für die Kriegsschuldnote.

Genf, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag nachmittags wurde Herrici und Macdonald ein persönliches Schreiben des Reichskanzlers Marx übergeben. In diesem Brief entschuldigt sich Marx, daß er die Kriegsschuldfrage auf der Londoner Konferenz nicht angeknüpft habe und daß er es jetzt tun müsse. Man solle seine Absichten nicht mißverstehen. Deutschland wolle sich seinen Reparationsverpflichtungen keineswegs entziehen, aber das deutsche Volk betrachte sich als ungeschuldig am Kriege und er, der Kanzler, fühle sich moralisch verpflichtet, diesen Gefühlen Ausdruck zu verleihen, indem er in den allerersten Tagen eine solche Erklärung den alliierten Regierungen offiziell notifizieren werde.

Also eine Einwirkung auf die Reparationsfrage ist mit der Ausrufung der alten historischen Schuldfrage von 1914 gar nicht beabsichtigt. Trotzdem fühlt sich der Kanzler — durch die deutschnationalen Jäger — dazu moralisch verpflichtet, im falschen Augenblick zu wiederholen, was rechtzeitig 1919 Genosse Bauer und Brockdorff-Rangau scharf genug festgestellt haben! Die rein parteipolitisch begründete Dummheit, jetzt alten Streit in die Verteidigungsversuche zu werfen, scheint dem Kanzler bewußt zu sein. Er entschuldigt sich deswegen beim Ausland schon vorher — und das nennt man dann „Wahrung nationaler Würde“...

Zu den Meldungen über die Notifizierung der Erklärung der Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage erwähnt das offiziöse WTB noch folgendes: „In der Rundgebung vom 29. August wurde angekündigt, daß die Reichsregierung Antrag nehmen werde, eine Erklärung in der Kriegsschuldfrage den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen.“ Da es sowohl aus technischen wie diplomatischen (!) Gründen nicht möglich war, diese Notifizierung gleichzeitig mit der Abgabe einer Erklärung vorzunehmen, mußte der hierfür geeignete Zeitpunkt zunächst noch vorbehalten bleiben. In der Zwischenzeit wurden an die Reichsregierung eine Reihe von Wünschen und Anregungen, insbesondere aus wirtschaftlichen Kreisen (!), hinsichtlich Form, Zeit und Uebermittlung herangezogen. Das Reichskabinett wird Anfang der nächsten Woche, nach Rückkehr des Reichskanzlers und des Außenministers, zu einer Sitzung zusammenkommen, um sich über Form und Zeitpunkt der Notifizierung schlüssig zu werden.“

Paris, 9. September. (Eigener Funkenbericht.)

Je länger die Debatte über die beabsichtigte Notifizierung der Kriegsschuld dauert, desto ungünstiger entwickelt sich die außenpolitische Lage Deutschlands. Auch die heutige Dienstag-Morgenpresse zeigt das wieder ganz deutlich. Sie veröffentlicht ohne Ausnahme die amtlichen Erklärungen der deutschen Regierung, aber nicht etwa ohne Kommentare, sondern mit Ergänzungen, die auch in der Linkspresse alles andere als freundlich sind. Als Urheber der verfahrenen Politik betrachtet man von rechts und links Stresemann, der teilweise sogar als Intrigant gegen den Reichskanzler bezeichnet wird. So sagt der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“: „Stresemann, der eigentliche Vater der Kriegsschuldnotifizierung, sei es auch gewesen, der zwischen dem 26. und 29. August den Deutschnationalen die bestimmte Erklärung abgegeben habe, daß er eine Kriegsschuldnote loslassen würde, wenn sie die Annahme der Sachverständigen-Gehege ermöglichen.“ (Der parteipolitische Kriegsschuld-Schacher ist also der Partier Presse nur zu gut bekannt! Red.)

Sozialdemokratische Gemeindegewahlerfolge in Thüringen.

In den von der Thüringischen Regierung ausgemeindeten Orten Schweina, Steinbach und Liebenstein fanden am Sonntag Gemeindegewahlen statt. In Schweina wurden 7 Sozialdemokraten und 4 Bürgerliche, in Steinbach 6 Sozialdemokraten, 1 Kommunist und 4 Bürgerliche und in Liebenstein, das als Bad besondere soziale Verhältnisse hat, 3 Sozialdemokraten und 7 Bürgerliche gewählt. Der Stimmzettel wuchs der Sozialdemokratie betr. 23 Prozent, während die Kommunisten über 30 Prozent ihrer Stimmen verloren haben.

Ein sozialistenfeindlicher Beschluß. Der Hauptausschuss des preussischen Landtags beschloß am Sonnabend auf Antrag der Deutschen Volkspartei, die in Berlin, Magdeburg und Kiel bei den Polizeipräsidenten vorhandenen Beigeordneten (Gemerkshafen usw.) abzubauen. Die bisher vorgehenden Stellen sollen in dem neuen Etat gestrichen werden. Der Antrag wurde angenommen, obwohl der preussische Minister des Innern erklärte, daß er augenblicklich die Beisetzenden nicht entbehren konnte.

Der Volksaufstand in Georgien.

Von Paul Oberg.

In den Regionen des Kaukasus spielen sich Ereignisse von großer Tragweite ab: breite Volksmassen Arbeitsschans und besonders Georgiens sind in den Aufstand getreten. In den georgischen Städten, in Tiflis, Batum, Kutais, haben die streikenden Arbeiter mit roten Truppen offen gekämpft. Seit dem Ueberfall Sowjetrußlands auf Georgien und der Herkennung des Diktaturregiments in der früheren demokratischen Republik, nämlich seit Februar 1921, haben sich wiederholt Arbeiterstreiks und Bauernerhebungen gegen die großrussischen Eroberer stattgefunden. Sie waren aber alle partieller Natur, während die gegenwärtige Bewegung sich auf große Gebiete ausdehnt. Darin sind sich sämtliche Meldungen über den Aufstand einig.

Der umfangreiche Aufstand der Arbeiter und der Bauern Georgiens ist, genau wie die früheren Erhebungen, als eine unmittelbare Folge der Gewaltpolitik der Moskauer Macht-haber zu betrachten. In den letzten fast vier Jahren, unter der Diktaturherrschaft, macht das georgische Volk einen Leidensweg im wahren Sinne des Wortes durch. Wirtschaftlich sowie politisch wird Georgien wie eine verflachte Kolonie behandelt. Diese Tatsache ist der öffentlichen Meinung der Welt zu gut bekannt, um hier auf sie ausführlich eingehen zu müssen. Nur einige Beispiele sollen angeführt werden.

Unmittelbar nach der Besetzung Georgiens durch die russischen Truppen begann die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes: Eisenbahnwaggons, Lokomotiven, Straßenbahnwagen (Tiflis) wurden nach Rußland geschickt. In Ostgeorgien wurde das Vieh der Bauern enteignet und fortgetrieben. In Kutais plünderte man alle Geschäfte und die besseren Privatwohnungen aus. Die Okkupanten legten der Bevölkerung Georgiens unerträgliche Kontributionen auf. Die amtliche „Pravda Georgiens“ vom 3. Juli 1921 veröffentlichte ein Dekret, das die ländliche Bevölkerung verpflichtete, 1 Million Rubel Weizen zu liefern. Die Bauern, die keinen Weizen bestellten, mußten die Verpflichtung durch ein doppeltes Quantum Mais oder eine entsprechende Menge Kartoffeln, die von einem Regierungsamt festgesetzt wurde, erfüllen.

Gleichzeitig erließ die Sowjetregierung zwei Finanzdekrete: das eine verpflichtete die städtische Bevölkerung Georgiens, eine Kontribution von 50 Milliarden Rubel zu bezahlen, das zweite die armen bäuerlichen Schatzkammer, einen bedeutenden Teil der Wolle der Regierung zur Verfügung zu stellen.

Außerdem hatte die Bauernbevölkerung ständig das sogenannte Viertel zu entrichten, nämlich 25 Prozent aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die auf die städt. Märkte gebracht wurden, waren der Regierung abzuliefern.

So wurde die georgische Volkswirtschaft in den letzten Jahren systematisch zugunsten des Sowjetregiments, d. h. der kommunistischen Obrigkeit und der roten Arme, ruiniert. Diese Politik mußte unsumme katastrophal wirken, wenn man bedenkt, daß Georgien ein Agrarland ist, in dem die landwirtschaftliche Kultur noch auf einer ziemlich niedrigen Stufe steht, und daß Georgien stets selbst auf Getreideimport angewiesen war. Aber die Zentralgewalt Moskaus ignorierte dies alles vollkommen. Da sie nicht in der Lage ist, die Wirtschaft in Rußland zu organisieren, so stellt sie ihre sogenannte Wirtschaftspolitik hauptsächlich auf die regelmäßige Expropriation, richtiger Ausplünderung der Sachwerte der „unabhängigen“ Randrepubliken. Und je mehr die produktiven Kräfte Rußland erschöpft wurden, desto energischer betrieb die Kommisare die Expropriationsmaßnahmen in den einzelnen Gebieten. So verfügt man in der „armenischen Republik“ über das Petroleum und Majat, in Turkestan über die Baumwolle und über das Vieh, in Georgien über das Manganerz, in Kuban über das Getreide usw.

Politisch ist das georgische Volk entrechtet und verflacht. Sämtliche Errungenschaften der Revolution, sowie die demokratischen Einrichtungen der Republik sind vernichtet. Viele Sozialdemokraten sind entweder im Exil oder schmachten in den Gefängnissen. Was besonders hervorzuheben werden muß, ist, daß in Georgien, wie übrigens auch in den sonstigen „Einzelrepubliken“, eine ausgeprägte russifizierungspolitik betrieben wird. Welche Verwaltungsmethoden in diesen Gebieten angewendet werden, beweist die Tatsache, daß selbst der 12. Parteitag der russischen Kommunisten, der im vorigen Jahre abgehalten wurde, sic als „georgische“ bezeichnet wurde.

„Schädlich“ bezeichnet hatte. Ungefähr zur selben Zeit wie auch Lenin in einem „vertraulichen“ Schreiben auf die Gefahr für die Sowjetmacht der „überspannten“ Politik der östlichen Satrapen in den kaukasischen „Republiken“ hin. Angesichts der Nationalitäten-zusammensetzung dieser Gebiete trat der Chef der Kommunistischen Partei für eine mildere Politik ein. Aber die Diktaturherrschaft hat ihre Logik, der gegenüber die Diktatoren selbst machtlos sind. So wird die Gewaltpolitik im Kaukasus, Turkestan, wie übrigens in der gesamten Sowjetunion, bis zum heutigen Tage fortgesetzt.

Die Wirtschaftspolitik Wolkows war natürlich unaufrichtig. Er bittert und Enttäuschung im georgischen Volke. Ein Umstand soll erwähnt werden, der die besonders feindselige Haltung der georgischen Bauern gegen die Sowjetmacht hervorruft. Während in Rußland erhebliche Bauernschichten der Auffassung sind, daß sie für das errungene Land der Sowjetgewalt zu danken haben, sind sich die Bauern Georgiens klar bewußt, daß die Bolschewiken als Eroberer und Ausbeuter anzusehen sind. Denn als die Kommunisten Georgien besetzten, war die Agrarreform im Lande, namentlich die Aufteilung von Grund und Boden, bereits beendet. Von vornherein und ausschließlich kennzeichnete sich die Agrarpolitik der Sowjetgewalt in Georgien durch die gewaltsame Enteignung der Produkte der Bauernwirtschaft. In Rußland vermochte die Sowjetgewalt durch verschiedene Maßnahmen den Bürgerkrieg auf dem platten Lande zu entzünden. In Georgien wagte sie nicht einmal solche Versuche, denn sie wären kläglich mißlungen. So bildet die Bauernschaft in Georgien eine geschlossene Einheitsfront gegen die russische Okkupationsgewalt. Und wenn diese Unzufriedenheit nur selten in offenen Erhebungen zum Ausdruck kommt, so ist dies einzig und allein auf das terroristische Regiment zurückzuführen, das jede politische Aktion gegen die Machthaber unterbindet.

Der Aufstand, der jetzt in Georgien sich entwickelt, ist zweifellos spontaner Natur. Trotz seines Umfangs wird er aller Wahrscheinlichkeit nach, wie die früheren Aufstände, unterdrückt werden. Schon streifen Strafexpeditionen durch das Land und üben ihr brutales Werk aus. Noch ist die Zahl der Opfer unbekannt. Aber sie wird sicherlich groß sein. Unter anderem wird berichtet, daß in Kutais Erschießungen und Verhaftungen von Arbeitern stattgefunden haben. Im Bezirk Samtreda sind durch eine Strafexpedition mehrere Dörfer den Flammen preisgegeben worden. Im Dorfe Tschagwa sind von der Rotarmee drei Bauern erschossen worden. Weil sie den nach Georgien illegal zurückgekehrten Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Asyl gewährt hatten.

Die Befreiung Georgiens kann nicht durch einen Aufstand des georgischen Volkes allein erfolgen, da die Sowjetgewalt immer imstande ist, Erhebungen einzelner Gebiete durch Militärmacht bezulagen. Man muß die Bedeutung des geographischen Faktors im politischen Kampfe der Völker der Sowjetrepubliken im Auge behalten. Die große Ausdehnung des Landes erschwert nämlich im höchsten Grade die Organisation der Bevölkerung für den Befreiungskampf gegen das Diktaturregime, ganz zu schweigen von der moralischen Erschöpfung der sozialen Kräfte Rußlands.

Die Stunde der Befreiung Georgiens wird schlagen, wenn die Demokratie in Rußland siegen wird. Bis dahin aber wird das verzweifelte georgische Volk im Kampfe noch viele Opfer bringen müssen. Mögen die unzähligen Opfer in diesen Tagen, wo der Weltbund bemüht ist, Krieg und Blutvergießen für ewige Zeiten unmöglich zu machen und den Frieden zwischen allen Nationen zu sichern, die Kulturwelt veranlassen, ihren Abscheu zum Ausdruck zu bringen gegen die Gewaltpolitik des Kremles, die ganze Nationen zugrunde richtet.

Der Völkerverbund gibt Rechenschaft über seine Tätigkeit.

Genf, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerverbund begann am Montag mit der Generaldebatte zum Geschäftsbericht. Als erster sprach der Berichterstatter Ador-Schweiz. Er bestritt die baldige Errichtung eines neuen Versammlungsgeländes für den Völkerverbund. Im Namen der schweizerischen Delegation erklärte er, daß sie nicht direkt an der Abrüstung interessiert sei und insoweit im Verkauf der letzten Tage an der Debatte nicht teilgenommen habe. Ihm folgte der schwedische Außenminister Baron Marks. Ihm folgte der schwedische internationale Rechtsbestimmte Vorläufer, machte. Der südafrikanische Delegierte Somerer bestritt sich auf allgemeine Wünsche. Die Beratung des vorgeschlagenen Südsüdwest-Afrika-Berichtes wurde einer Kommission überwiesen, so daß der afrikanische Vertreter zu den Fragen, die ihn betreffen, nur dem Völkerverbund selbst nicht Stellung nehmen konnte. Der italienische Vertreter Galvanas erklärte, daß Italien von der Entscheidung des Schiedsrichters über Memel nicht freigestellt ist. Die Willensfrage bezüglich der als die schwerste Wunde, die über Europa hänge. Die nächste Vollversammlung findet am Dienstag vormittag statt.

Genf, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Finanzbericht des Völkerverbundes für das Jahr 1921 ergibt eine Gesamtausgabe von 25 678 508 Goldfranken. Davon wurden vorausbezahlt für den Internationalen Schiedsgerichtshof 1880 Goldfranken und für das Internationale Arbeitsamt 8 200 462 Goldfranken. (Wie klein sind diese Summen doch im Vergleich zu jedem kleinen Staatshaushalt! Red.)

Die Debatte über den Antrag Macdonald-Herriot.

Genf, 8. September. (Eig. Drahtbericht.) Am Montag wurde mit der Beratung der Abrüstungsdebatte in der Kommission begonnen. Einleitend bemerkte Lord Parmoor zur Festlegung der Tagesordnung, daß durch die gemeinsame Resolution von Herriot und Macdonald und durch die Beschlüsse der Völkerverbundversammlung die Aufgabe der Kommission ganz klar vorgetragen sei. Die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit zur Regelung aller internationalen Streitigkeiten müsse auf das genaueste nachgeprüft werden. Dann müßten auch die beiden Fragen der Sicherheit und der Abrüstung geprüft werden, ob nicht auch für sie die Möglichkeit einer Lösung durch das Schiedsgericht gefunden werden könne. — Poitits (Griechenland), der als Vorsitzender der kleinen Entente spricht, fordert demgegenüber eine allgemeine Diskussion des gesamten Fragenkomplexes der Abrüstung. Es müßten auch die Antworten der Regierungen auf den Garantiepativorschlag des Völkerverbundes nochmals genau durchgesehen werden. Die Aufgabe der Kommission sei zu wichtig, um allein durch das Sekretariat der Kommission gelöst werden zu können, da es sich hier nicht um eine rein mechanische Arbeit handle, sondern um ein ausgeprägtes politisches Problem von ungeheurer Bedeutung. Boncour (Frankreich) unterläßt diesen Standpunkt, ebenso Schanger (Italien), der eine allgemeine gründliche Diskussion gleichfalls für unerlässlich hält. In einer größeren Rede geht Schanger zunächst auf die Entstehungsgeheimnisse des Garantiepatives ein und erklärt den bereits in der italienischen Antwortnote auf den Garantiepativ dargelegten Standpunkt. Außer der Zurückweisung der besonderen Garantieverträge hat auch die italienische Regierung erklärt, daß die Bestimmung des Angreifers unzureichend sei und daß die allgemeinen Garantien erweitert werden müßten. Das Sicherheitsproblem muß unbedingt auf dem Boden des Völkerverbundes gelöst werden. Die italienische Regierung ist bereit, einer Untersuchung der Vorschläge Macdonalds und der Amerikaner in aller Objektivität näherzutreten. Die italienische Regierung vertritt unbedingt jedes Sonderabkommen, da es nur schädliche Wirkungen auf die Abrüstungsbereitschaft der anderen Staaten haben wird. Italien wird nur einem allgemeinen internationalen Garantiepativ seine Zustimmung geben. — Dienstagvormittag Fortsetzung der Debatte.

Macdonald ist Optimist.

London, 8. September. (Eigener Funkbericht.) Macdonald hat sich am Montag nach Schottland begeben, um bei seinen Verwandten den Rest seines Urlaubs zu genießen. Vor seiner Abreise sprach er auf dem Bahnhof zu Journalisten: „Ich fürchte, mein Urlaub wird nicht lange dauern, denn in London wartet eine Menge Arbeit auf mich. Ich möchte aber, bevor ich abreise, meine große Freude über die Ereignisse in der letzten Woche ausdrücken. Nach meiner Ansicht haben wir die Grundlage für den Weltfrieden gelegt und einen großen Sieg über die Scheuhaftigkeiten des Weltkrieges davongetragen. Mein Freund Herriot hat gewaltige Leistungen vollbracht. Unsere Ansichten stimmten in Genf nicht immer überein, aber die eingeleitete Kommission wird

diese Dinge unbefleht von politischen Rücksichten und in aller Ruhe durcharbeiten. Ich hoffe, daß nach Abschluß der Kommissionsarbeiten sich eine allgemeine Abrüstungskonferenz mit der gesamten Frage beschäftigen wird.“

Achtstundentag wieder auf der Tagesordnung.

Bern, 9. September. (Eigener Funkbericht.) In Bern treten die Arbeitsminister von England, Frankreich und Deutschland zu einer gemeinsamen Besprechung über die Ratifikation des Washingtoner Abkommens zusammen. An den Beratungen nimmt außerdem auch der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, teil. Die Beratungen gelten vorläufig als vertraulich. Sie werden heute abgeschlossen werden. (Wir haben Herrn Traus, dem deutschen Arbeitsminister, unsere Forderungen zu dieser wichtigen Konferenz im Artikel vom 4. September vorgelegt. Red.)

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Brief des Moskauer Sozialdemokraten über den Achtstundentag in der Tschechoslowakei. In dem Briefe wird unter anderem berichtet, daß die Tschechoslowakei die Ratifikation des Washingtoner Abkommens im Jahre 1921 ratifiziert hat. Dieser Brief ist dem Briefe vorstehend beigefügt.

Der Achtstundentag-Gesetz hat sich in ungarischer Sprache im großen ganzen ohne Schwierigkeiten durchgesetzt und wird in unserer Industrie und im Großhandel allgemein eingeführt. Auch zur Zeit der schweren wirtschaftlichen Krise haben unsere Industriellen die Abschaffung der achtstündigen Arbeitszeit nicht verlangt. Denn sie waren sich bewußt, daß die achtstündige Arbeitszeit auch in den wirtschaftlich schlechtesten und insbesondere in den verarbeitenden Industriezweigen einzuhalten war. Sie haben sich in technischer Beziehung dieser Neuregelung angeschlossen und aus der Erkenntnis heraus, daß einer Vervollständigung der Bedeutung der achtstündigen Arbeitszeit für die physische und geistige Entwicklung der arbeitenden Schichten, die Förderung der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit des durchschnittlichen Arbeiters bedeutet, immer mehr bewußt wird. Ein dem Klagen und mit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ist bei uns eine Abnahme des Alkoholverbrauchs und eine Verbesserung der Haushaltsführung zu beobachten. Ein rapides Steigen der Mitgliederzahl von Turnvereinen und Arbeiterkultureinrichtungen und dergleichen bemerkbar.

Schwierigkeiten stellen sich erst mit Schluß des Jahres ein, wo in Deutschland zu einer neuen Regelung der Arbeitszeit geschritten wurde. Ich bedaure heute als Sozialpolitiker im Interesse der Sache, daß bei uns wegen der achtstündigen Arbeitszeit mit dem Hinweis auf Deutschland argumentiert wird. Ich bedaure es als Sozialist, der nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen der tschechoslowakischen Arbeiter das Gefühl haben, daß ihre sozialpolitischen Errungenschaften von Deutschland bedroht werden, von jenem Deutschland, das durch seine beispielgebende Sozialpolitik unmittelbar nach dem Kriege bei uns gerade in der Arbeiterkategorie viel Sympathien gewann.

Kleine Auslands-Nachrichten.

Was an Faschistenhüros lagert. Im faschistischen Parteibüro zu Florenz pläkt eine Handgranate, wodurch zwei Faschisten getötet und fünf verwundet wurden. Die Faschisten zerschmettern die Genossenschaften. Der Bericht, welcher dem im nächsten Monat in Genf stattfindenden Internationalen Genossenschaftskongress vorgelegt wird, heißt, daß der Bandalismus der Faschisten gegen die italienischen Genossenschaften, welche dem Internationalen Genossenschaftsbund angeschlossen sind, auch im abgelaufenen Jahre andauerte. Der sehr heftige Protest gegen die Zerschmetterung der Genossenschaften bei Mailand wurde erhoben, der aber unbeantwortet blieb. Der Vorstand entsandte Dr. A. Suter nach Italien, um die Lage an Ort und Stelle zu untersuchen. Im Bericht Dr. Suters heißt es: „Es ist unmöglich, von der systematischen Zerschmetterung der italienischen Genossenschaften durch die Faschisten ein Bild zu machen, wenn man nicht selbst die Verwüstungen angesehen hat. Ich hätte viel Wochen, ja Monate in Italien verbringen können mit der Befichtigung der geplünderten oder in Brand gesetzten Genossenschaften. Ungefähr ein Drittel der Liga angeschlossenen Genossenschaften wurde zerstört.“ Die Faschisten haben die große Genossenschaft in Mailand mit Gewalt auf sich gebracht. Ein italienisches Genossenschaftsblatt — „La Cooperazione Nazionale“ — berichtet jetzt über die Erfolge der faschistischen Wirtschaft. Es gelang ihnen, die Genossenschaften zu ruinieren. Die Bilanz haben sie, um die Verluste zu verbergen, gefälscht. Die Gläubiger wurden mit der Hälfte ihrer Forderungen abbezahlt. Sämtliche frühere Angestellte wurden entlassen und an ihre Stelle Faschisten gesetzt. Das Gehalt der Direktoren war das Dreifache der früheren. Ein richtige Summe wurde auf den Umbau der Geschäftsräume und zur überflüssigen Reklamekosten verwendet. Das Vermögen der Genossenschaft ist durch Aufnahme großer Schulden belastet worden

Albert Reintings Höhenflug.

Roman von Emil Felden.

49)

(Nachdruck verboten.)

Weiter! Im Laufe des gestrigen Vormittags sind Maurer, Dachdecker, Tischler und Glaser ins Spritzenhaus gekommen und haben Betteljules Kleider und „Hausrat“ fürgeraubt auf die Straße geworfen. Und während sie alles unter fürchterlichem Schelten und Heulen ins Warrhaus schleppten und im Aufstöße verstaubt hat, ist man im Spritzenhaus fleißig an die Arbeit gegangen. Alles wird neu gemacht. „Hahaha“, jubelte Betteljule und führte in ihrer großen Freude einen regelrechten Javanertanz auf; daß sie im Hemd war, machte ihr nicht das Geringste aus.

Die Lage ist mir klar; Kampmann fürchtet die Unterfuchung, die nunmehr kommen muß; er befehtigt alles, was meine Angaben bestätigen könnte. Welche Geistesfreiheit! Die Abendpost hat ein emiliches Schreiben vom Superintendenten gebracht; er wird morgen im Laufe des Vormittags zur Unterfuchung eintreffen und erlucht mich, ihn im Warrhaus zu erwarten. — Was er kommen! Ich fürchte die Unterfuchung nicht, im Gegenteil! Sie wird endlich Klarheit schaffen und die Luft reinigen.

12. April.

Der Vorhang ist auch über diesen Akt der Komödie gefallen. Sie war schlimm, die Komödie! Schon um neuen Uhr ist der Superintendent in Begleitung einer andern dorfischen Richtergröße im Warrhaus erschienen. Mit giftig funkenden Augen und zorniger Stimme sprach er auf mich ein. „Telegraphisch sei er vom Herrn Superintendenten beauftragt worden. Te-tele-tele-tele!“ Oh ich weiß, was das bedeutet. Scheinbar nicht, wenn er mich lächeln läßt! Oh, oh, diese Auslagen.“ Das Telegramm scheint einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht zu haben, denn er erwähnte es immer wieder. Es war mir geradezu Sernig, ihn zu zerfetzen. Länger und länger wurde kein Gefährte, als ich ihm die Erklärung gab. Er brummte etwas Unverständliches, schaute mich noch grimmiger an denn zuvor und begann von neuem über die „geradezu vernichtende Anklage“ zu stottern. Vergessen war mein Dienen, er wählte die einzelnen Punkte mit mir durchsprechen. Er legte es „vorläufig“ ab, zog nervös die Lippen heraus und wandte sich an die Richtergröße: „Sag ihm es jetzt.“ Und zu mir: „Wir

geben uns zum Rathaus, um die Anklagen gegen Sie zu hören. Erwarten Sie hier unsere Kländte.“

„Ich werde selbstverständlich mitkommen“, entgegnete ich, „als Angeklagter muß ich wohl dabei sein, wenn über mich verhandelt wird.“

Ausgeschlossen! Ungehört und unbefleht durch meine Gegenwart sollten die Leute frisch von der Leber sprechen können; nachher würde er mich schon zur Rechenschaft ziehen.

Ich habe erfahren, daß er den Bürgermeister aufgefordert hatte, jederman, der gegen mich etwas auszusagen hätte, auf das Rathaus zu bestellen. Das hatte Kampmann sich nicht zweimal sagen lassen. Das ganze Haus stand voller Menschen, die anklagen, aber auch zuhören wollten. Das Ganze ist für Habenhofer ein richtiger Theatererfolg gewesen. Aber weder auszusagen noch zuhören, mit einem Wort sich drücken wollte, der ging auf den Acker. Es waren wenige; darunter: Walker! Daß keiner den Mut gefunden hat, für mich einzutreten! Keiner! Außer ... Doch ich will der Reihe nach erzählen.

Den ganzen Tag über dauerte die Vernehmung der Ankläger. Erst gegen Abend sind die beiden Richter ins Warrhaus zurückgekommen. Herr Superintendent waren sehr unbefriedigt! Er schüttelte den Kopf, sowohl über keine Habenhoferer Verdächtige, wie auch über mich. — Ich begreife es nicht, ich begreife es nicht! Ausgemachter Unfuh ist ja das Rechte, was gegen Sie vorgebracht worden ist. Wie ungeachtet müssen Sie sich benommen haben, daß sich eine solche Erbitterung gegen Sie annehmen konnte.“

„Ich glaube Ihnen den Schlüssel zur Lösung dieses Rätsels geben zu können, Herr Superintendent“, entgegnete ich. „Wenn man nicht von einer bestimmten Seite aus von Anfang an gegen mich vorgeht hätte, wäre es nicht soweit gekommen.“

Er verstand sehr wohl, daß ich seinen Gefinnungsfreund Langer meinte. Das ärgerte ihn natürlich. „Es sind nicht nur die rechtgläubigen Kreise der Gemeinde, mein sehr Verehrter, es sind auch die andern“, entgegnete er. „Das Schlimme ist, daß gerade die angesehensten Leute, die Reichen und Vornehmen, gegen Sie sind.“

zu machen. Gerade mit ihnen hätten Sie sich gut stellen müssen, denn sie allein konnten Ihrer Stellung den nötigen Halt geben.“

„Das ist eine traurige Stellung, die erst ihren Halt bei den Reichen finden muß! Wie war es denn bei Jusu? Hatte er nicht das gleiche Unglück wie ich? Gerade den Reichen und Angesehenen hat er nicht gefallen. Das ist mein Trost!“

Der Superintendent verlor auf Minuten die Sprache. Er nahm die Brille von der Nase, pugte mit einem blaufärbten Taschentuch die Gläser und fuhr endlich los: „Dieser Hinweis ist unpassend, Herr Kollege! — Sie hätten sich besser in Acht und mehr Rücksicht auf die maßgebenden Mitglieder der Gemeinde nehmen müssen. Diese sind es, die die Stimmung für oder gegen den Warrer machen, nicht aber ein idiotisches Frauenzimmer, durch dessen Beschuldigung Sie geradezu Verzehtis geben. Wie konnten Sie deshalb den Bürgermeister beim Landrat veranlagen? Dabei wird das Spritzenhaus ausgebessert, ich habe mich selbst davon überzeugt. Die Arbeiten sind längst geplant gewesen.“

„Aha! Die Bauernschlaubeit hatte richtig gerechnet. Ich setzte ihm auseinander, wie alles gewesen war. Er juckte die Achseln und sagte: „Die Bauern sagen anders aus. Vor allem aber dies: wie konnten Sie sich mit der ältesten Tochter des Bürgermeisters gegen den Willen des Vaters einlassen und sie dann fortbringen. Das ist einfach unerhör!“

„Ich finde nichts Unerhörtes dabei, sich mit einer jungen Dame zu verloben. Das ist zufällig die Tochter des hiesigen Bürgermeisters ist, ja — das ist ein Zufall, den ich selbst am meisten bedaure.“

Wieder blieb dem Superintendenten das Wort in der Kehle stecken, und wieder mußten sich die Brillengläser eine gründliche Reinigung mit dem karierten Taschentuch gefallen lassen, bis er sich gesammelt hatte, um zu einer anderen Anklage überzugehen. Daß ich für eine Hure, eine Anna Müller, eingetreten sei, daß ich mich gegen das Kindergebet gewandt und damit der Gemeinde Verzehtis gegeben, daß ich eine Predigt über Petri Verleugnung gehalten hätte — kurz alles mögliche, was ich schon längst vorgelesen hatte, war zusammengefaßt worden, um mit einem recht dauerhaften Strich darans zu brechen. Aber über den Hauptpunkt der Anklage, den „unfittlichen Lebenswandel“, hat er sich ausgeschwiegen. Er muß demnach mit einem Rückschlag abgeben. (Fortsetzung folgt.)

Das Völkerparlament der Interparlamentarischen Union.

Von Paul Löbe.

Während die Augen der europäischen Öffentlichkeit gespannt auf Paris und Berlin gerichtet waren und darauf warteten, ob Kammer und Reichstag den Pakt von London sanktionieren würden, traten in der schweizerischen Hauptstadt Bern die Parlamentarier von 24 Staaten zur 22. Konferenz der Interparlamentarischen Union zusammen. Wenn man den Völkerbund als die Versammlung der Regierungen ansprechen darf, so bildet diese Konferenz den Vorläufer eines Weltparlaments, dessen Mitglieder freier und offener als die Diplomaten den Wünschen der Völker Ausdruck geben können. Die Union ist international, also auch interparteilich. Die verschiedensten politischen Richtungen aus den einzelnen Ländern entsenden ihre Vertreter in sie. Natürlich überwiegen die Friedensfreunde und Anhänger der Völkerverständigung, aber es sind auch andere Richtungen in ihr vertreten, so Prof. Hoeksch von den Deutschnationalen, Dr. Barthelmy von den Sozialisten, und diesmal hatten sich sogar vier Nationalisten aus Italien eingefunden, die über die Rede des deutschen Vertreters Dr. Wirth gegen den Faschismus nicht sehr erbaulich waren. Die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder nehmen bisher keine einheitliche Stellung zur Interparlamentarischen Union ein. Während Oesterreicher und die meisten Italiener sich fernhalten, konnten wir in einer gewissen Zusammenkunft viele alte und junge Vertreter des Sozialismus aus fast allen anderen Ländern feststellen, z. B. van Kool aus Holland, Lafontaine aus Belgien, Lindhagen aus Stockholm, Stauning und Bougberg aus Dänemark, Meinet und Albert Thomas aus Frankreich, Grimm, Studer und Hugler aus der Schweiz, Modigliani aus Italien, Keller und Sitoin aus der Tschechoslowakei, auch finnische und lettische, bulgarische und serbische Genossen, die sich brüderlich die Hände reichten. So bilden die Sozialisten einen wesentlichen Bestandteil des Völkerparlaments, dem auch Vertreter aus den beiden Kammern der Vereinigten Staaten, aus Kanada, Japan und diesmal sogar von den Philippinen erschienen waren.

Ein anderes auffälliges Zeichen ist das Auftreten von deutschen Rednern in den fremden Delegationen. Ist, wenn ein Redner aus der polnischen, der tschechischen, ja sogar der italienischen Delegation aufgerufen wird, stellt sich heraus, daß es ein Deutscher ist, den die gewaltig gezogenen Grenzen des Versailler Vertrages in einen anderen Staat verwiesen. Die mangelhafte Beachtung des Selbstbestimmungsrechts wird so den fremden Vertretern schon durch das Auftreten der deutschen Redner ad oculos demonstriert.

Die Verhandlungspunkte gruppieren sich fast immer um Fragen der interstaatlichen Beziehungen, wie ja die Union ihre Entstehung der Pflege des schiedsgerichtlichen Gedankens für die Streitfragen zwischen den Völkern verdankt. Das am meisten beachtete Referat erstattete diesmal der deutsche Völkerrechtler Professor Dr. Schücking über die parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik, in der er sich gegen jede Art von Geheimverträgen und geheimen Nebenabmachungen zu Verträgen ausspricht und den schärfsten Einblick parlamentarischer Kommissionen in alle Fragen der Außenpolitik verlangt. Seine Thesen, zur Vermeidung neuer Kriege bestimmt, fanden einmütige Annahme. Bei der Erörterung der Mandatsfrage für die Kolonien war dem ehemaligen Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Dr. Schnee, der als völkerverständiger Abgeordneter der deutschen Delegation angehört, Gelegenheit gegeben, die Lage der Eingeborenen in den früheren deutschen Kolonien zu schildern und Vorwürfe gegen die deutsche Verwaltung damit zu entkräften, wobei er den Beifall des Niederländers van Kol allerdings nicht fand. Ueber die Frage der Reparationen referierte der ungarische Baron von Sternyi, der die verzweifelte Lage der reparationspflichtigen Staaten nach dem Kriege mit erschütterndem Zahlenmaterial belegte. Aba. Derenburg aus Deutschland benutzte die Gelegenheit, auf die technischen und tatsächlichen Schwierigkeiten großer Vermögensübertragungen von einem Land ins andere hinzuweisen. Die Reparationsfrage hatte schon beim ersten Punkte der Verhandlung, der Belpredung der allgemeinen Weltlage, eine Rolle gespielt und es war dabei zu jener freundschaftlichen Begrüßung des Londoner Abkommens gekommen, die durch Wirth und mich auf der einen, durch Senator Meline aus Paris auf der anderen Seite den Konagrek zu großen Ovationen bewog. Die „neue Atmosphäre“, von der jetzt so oft gesprochen wird, machte auch hier ihren Einfluß geltend, und wurde besonders von den Vertretern der neutralen Länder wie die Beteiligung von einem Abdruck verspürt. In die wirtschaftlichen Erörterungen spielte auch die Debatte über Ein- und Auswanderung hinein, die der deutsche Reichstagsabgeordnete Louise Schröder Gelegenheit gab, die Ursachen der neuen hohen Auswanderungskurve in Mitteleuropa aufzuzeigen. Die deutsche Delegation, soweit sie aus aktiven Parlamentariern bestand, mußte vorzeitig abreißen, um an den Abstimmungen in Berlin teilzunehmen; es blieb den Interparlamentariern Dr. Quibde, Heile usw. überlassen, in der Frage der Abstützung und der demilitarisirten Zonen den deutschen Standpunkt zu vertreten und einen für uns unannehmbaren Plan des englischen Generals Spears, zu dessen Belpredung sich auch der frühere französische Kriegsminister Messeny in Bern eingefunden hatte, abzuweisen.

Alle Verhandlungen waren von internationalen Geist getragen und die bunte Versammlung nahm auch neblös meinen Hinweis auf, daß die internationalen sozialistischen Konferenzen meiner engeren Parteifreunde viel zur Herstellung des

neuen Geistes in Europa beigetragen haben. Im allgemeinen darf man sagen, daß die Union die Verarmung der Nationen für die Klärung jener Fragenkomplexe ist, an welche sich die offiziellen Regierungen nicht heranwagen. Sie bereitet vor, was später in den Gesetzgebungen der Länder und in internationalen Verträgen seinen Niederschlag finden soll. Die nützliche Arbeit soll 1925 in Washington fortgesetzt werden.

Aus dem Reiche.

Zusammenstoß zwischen Kommunisten und thüringischer Polizei. Vorgestern ist es in Greiz (Thüringen) zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizei gekommen. Aus ganz Thüringen und der Provinz Sachsen waren gegen 600 Kommunisten in Greiz zusammengekommen. Als sie die Internationale singend, mit roten Fahnen durch die Straßen zogen, trat ihnen laut W.R. die Polizei entgegen. Es kam zu heftigen Zusammenstößen, doch behielt die Polizei die Oberhand. Mit Gummiknüppeln wurde die Menge auseinandergetrieben. Nach in Braunschweig kam es nach bürgerlichen Meldungen zu Zusammenstößen von Kommunisten, und zwar dort mit Stahlhelmläutern. Dagegen müssen selbst deutschnationalen Meldungen feststellen, daß eine Gegenkundgebung von „Schwarz-Rot-Gold“ gegen den dortigen Stahlhelmaufzug völlig ungehindert verlief. In die geschlossenen und disziplinierten Kampforganisationen der Republikaner wagt man sich doch nicht mehr so leicht heran!

„Kommunisten“ Abbau Reinerts. — Protest der Sozialdemokratischen Fraktionen. Der reaktionäre Bürgerklub der Stadt Hannover hat inzwischen eingesehen, daß sein Abbaubefehl gegen den Oberbürgermeister Reinert vom 6. Juli keine gesetzliche Berechtigung hat. Aber das Ziel, den Sozialdemokraten Reinert aus seinem Amte zu entfernen, wurde damit nicht aufgegeben. Man hat deshalb nach neuen Mitteln und Wegen gesucht und ist schließlich auf die Idee verfallen, Reinert nach wochenlangen Schikanen und Treiben zu einer Verurteilung zu gewinnen, nach der er unter Umgehung des Rechtsweges und ohne Rücksicht auf die Abbauperordnung von seinem Amte zurücktreten soll. Vorher wurde ihm aber nochmals der „verhüllte Rump“ des Reichstags angeklagt, so lange er Vorsitzender des Magistrats ist. Dieser Drohung folgte dann das Angebot, Reinert im Falle eines freiwilligen Rücktritts auf Lebenszeit das volle Dienst-einkommen zu zahlen.

Diesem Beschluß stimmten von den bürgerlichen Parteien nur die drei Zentrumsvertreter nicht zu, die Demokraten taten es. Die sozialdemokratischen Vertreter erhoben sofort entschiedenen Protest. Im Auftrage der Fraktion gab Genosse Feldmann die Erklärung ab, daß die Sozialdemokratie dem Beschluß unter keinen Umständen zustimme, da es sich um eine Umgehung der Abbaubestimmungen handle.

2. Reichstagung der Arbeiterwohlfahrt

in Hannover, im Beethovensaal der Stadthalle. Freitag, den 12. September, vormittags 9 Uhr.

Reichskonferenz

des Hauptauschusses, der Bezirks-, Kreis- und Ortsauschüsse für Arbeiterwohlfahrt. Tagesordnung: 1. Organisation; Marie Zuchacz-Berlin. 2. Praktische Arbeit; Johanna Heymann-Berlin. 3. Die Arbeit im besetzten Gebiet; Landesrat Hans Wiegand-Büsseldorf. 4. Die Schulung für die Wohlfahrtsarbeit; Frau Regierungsrat Hedwig Wachsmann-Berlin.

Zu dieser Reichskonferenz haben nur die Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt, Delegierte und Geschäftsdelegierte der Ausschüsse Zutritt.

Öffentliche Tagung

am Sonnabend, den 13. September, und Sonntag, den 14. September. Tagesordnung: Vormittags 9 Uhr: Ansprache und Begrüßungen. 1. Hauptreferat: Die Versorgung über die Fürsorgepflicht (mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Sachsen und Thüringen). Landeshauptmann Dr. Caspari-Obrwalde; 2. Hauptreferat: a) Die Organisation und Finanzierung der öffentlichen Fürsorge auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht (mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Sachsen und Thüringen). Landeshauptmann Dr. Caspari-Obrwalde; b) Die Organisation in den übrigen Ländern: Arbeitsminister Dr. Engler-Karlsruhe. Ergänzungreferate: a) Die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerverwundete. Die Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner. Landesrat Gersch-Büsseldorf; b) Die Fürsorge für Erwerbsbeschädigte. Ministerialrat Dr. Hans Mäyer-Dresden; c) Die Wochenfürsorge. Luise Schröder-Altona; d) Die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige. Landeshauptmann Dr. Caspari-Obrwalde. 3. Hauptreferat: Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt und seine praktische Durchführung in den Ländern. Stadtrat Binner-Bielefeld. 4. Hauptreferat: Die Zusammenarbeit der öffentlichen Fürsorge mit der privaten Fürsorge und den Trägern der Sozialversicherung. Stadtrat Dr. Heimerich-Würzburg. Am 15. September: Besichtigungen von Wohlfahrts-Einrichtungen in Hannover. Teilnehmerkarten für die öffentliche Tagung werden am Eingang der Stadthalle an Gäste zum Preise von 3 Mark ausgegeben. Die Stadthalle ist vom Mittelpunkt der Stadt (Steintor und Bahnhof) mit der Straßenbahnlinie 6 zu erreichen. Anmeldungen zur Teilnahme sind zu richten an den Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, bis zum 8. September. Anmeldungen wegen Quartierbeschaffung sind bis spätestens 8. September an Herrn A. Kallio, Hannover, Kistallstraße 7, zu richten, wobei nähere Angaben sowohl über die Art der Wohnung (Hotel, Privatlogis) wie über die Tage, für die Quartier gewünscht wird, zu machen sind.

Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Der Schacher um den Bürgerblock.

Die dreifach gepaltene Deutschnationalen.

Wie die jetzt vorliegende Abstimmungsliste aus den Reichstagsverhandlungen über die Bürgerblockfrage ergibt, haben wir bisher noch nicht bekannt war, einundzwanzig deutschnationalen Abgeordnete für das nationalsozialistische Wählrauensozialismus gestimmt, darunter Reichert v. Freytag-Loringhoven. Man war also im Irrtum, wenn man bisher annahm, daß die Deutschnationalen bei der Abstimmung in zwei ungefähr gleiche Hälften gespalten waren. Es waren drei Teile. Der eine stimmte wenigstens einmal mit Ja und ermöglichte so den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie die Annahme der Dawes-Gebote. Der andere unter Leitung der Partei Führer stimmte unbedingtem mit Nein, enthielt sich aber doch der Stimme bei dem nationalsozialistischen Wählrauensozialismus. Er wollte nicht annehmen. Aber er wollte auch die Regierung nicht stützen. Der äußerste rechte Flügel stimmte bei den Geboten mit Nein und stimmte für das Wählrauensozialismus. Wenn die Deutschnationalen also den Eintritt in die Regierung und richtunggebenden Einfluß verlangen, dann werden sie, so meint das „B.T.“, ironisch, erst Aufklärung darüber schaffen müssen, welche dieser drei Richtungen gemeint ist.

Ein demokratischer Abgeordneter für den Bürgerblock.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. v. Siemens sprach in einer Berliner demokratischen Bezirksversammlung über die politische Lage im Zusammenhang mit der Annahme des Londoner Paktes durch den Reichstag. In der Diskussion erklärte Herr v. Siemens auf eine Frage, wie er sich zu dem Gedanken des Bürgerblocks stelle, er sei gegen jede Festschließung; er wäre für den Bürgerblock, wenn die Deutschnationalen sich sicherstellen gäben und sich auf den Boden der Verfassung stellten. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt dazu: Es ist begreiflich, daß diese Äußerung des Herrn v. Siemens bei den demokratischen Zuhörern auf lebhaften Widerspruch stieß; denn die Bedingungen, von denen er seine Zustimmung zu einer Bürgerblockregierung abhängig machen will, sind so allgemein nichtsfähig, daß jeder einigermaßen geistige Deutschnational sie unterschreiben würde. Nach den Erklärungen, die bisher von offizieller demokratischer Seite zur Frage der Bürgerblockregierung abgegeben worden sind, kann es sich bei der Äußerung des Herrn v. Siemens nur um eine rein persönliche Stellungnahme handeln, aber es wäre, so meint das demokratische Blatt, zu wünschen, daß auch die einzelnen Mitglieder der demokratischen Fraktion sich an die von dem Parteivorstandes Rat auf dem Weimarer Parteitag ausgegebene Parole gegen den Bürgerblock hielten.

Herr v. Siemens ist als Teilhaber des Rhein-Elbe-Konzerns wirtschaftlich eng mit der Stinnesgruppe verbunden und daher schon bei der letzten Reichstagswahl nur noch mit knapper Mehrheit seiner eigenen Parteifreunde aufgestellt worden. Wir wollen gern abwarten, ob er im Lager der Demokraten die Oberhand über den Vintstügel der Preuß. Erteilung usw. behält.

Wirths Gründe gegen den Bürgerblock.

Reichskanzler a. D. Dr. Wirth schreibt in einem vielbeachteten Artikel, der gleichzeitig in mehreren Blättern erschien: „Wir lehnen den Bürgerblock ab. Diese politische Willensmeinung wurzelt in unserem tatsächlichen Urteil über den „Bürgerblock“. Begriffslich sehen wir nämlich in dem Bürgerblock, der heute in weiteren Kreisen diskutiert und gewinnlos wird, das selbstbewusste Streben, dem Reich und seiner Zusammenfassung einen staatspolitischen Vorrang über diejenigen zu geben, die über kein festes Eigentum verfügen. Diese normierend materialistisch eingestellte Richtung politischen Denkens übersteht das Verhältnis der einzelnen Menschen zum Staat. Sie vernachlässigt des in allen Verfassungen der Neuzeit verankerten Recht des „Staatsbürgers“. Sie mißachtet den Mensch ohne Kapitalbesitz und ohne willenslose Einordnung in ihr Wirtschaftssystem oder Parteigeziede, weist ihn vielmehr der „Masse“ zu, die zu beherrschten der „Bürgerblock“ berufen sein soll. Dabei übersehen die Träger obiger Gedankengänge, daß die proletarische Klasse in den Kriegen und Nachkriegsjahren sprunghaft gewachsen ist. Die zusammengebrochenen Schichten des Mittelstandes und der Intelligenz werden durch

eine überlaute und einseitige Betonung der Macht und des Besitzes dem Radikalismus geradezu in die Arme getrieben.

Man mache sich gerade in diesem Zusammenhang klar, daß der Bürgerblock — wenn er politisch-parlamentarisch in Aktion tritt — entweder zu den verfassungsnahen Mitteln des völkisch-faschistischen Terrors greifen muß, um sich zu halten, oder daß er bald schon abgelöst werden wird durch eine Regierung derjenigen, die er bewußt von der Staatsverantwortung zurückgedrängt hat, mit anderen Worten einer stark sozialistischen Arbeiterregierung.

Der erste Schritt ist durch den Gang des Herrn Abgeordneten Dr. Hergt zu Herrn Reichskanzler Dr. Marx geschehen, als am Tage der Abstimmung Herr Hergt schon in der Frühe um 9 Uhr bei dem Herrn Reichskanzler Marx erschien, um dem erkrankten Kanzler zu eröffnen, daß nach den bei den Deutschnationalen vorhandenen Informationen Herr Marx beachtliche von seinem Posten zu scheiden. Ueber das weitere Gespräch ist die Öffentlichkeit bisher nicht unterrichtet worden. Uns genügt das Verhalten und Ansinnen des Führers der Deutschnationalen an den Kanzler, der aus den Reihen des Zentrums hervorgegangen ist. Diese Methode der Machtergreifung hat in den Reihen des Zentrums scharfe Zurückweisung erfahren. Herr Hergt ist über das gesteckte Ziel zunächst weit hinausgeschossen und hat sich bei dem Zentrum eine scharfe Zurückweisung geholt, deren Wirkung im Lande noch nicht erschöpft ist. Die Aufgabe des Zentrums hat nie darin bestanden, den politischen Kräften von Rechts bei ihrem Griff nach der Macht Hilfedienste zu leisten. In diese Rolle wird sich das Zentrum auch nie begeben. Nur insofern findet der Schritt des Herrn Hergt bei uns eine gerechte Würdigung, als Herr Hergt dem parlamentarischen System entsprechend sich nicht allein mit den Unterhändlern zweiter Ordnung aus den Parteien der Mitte abgegeben hat, sondern direkt zu der Stelle ging, wo nach der Verfassung die Richtlinien der Politik bestimmt werden. Und das ist das Kanzlerhaus!

Es ist wohl inzwischen genügend bekannt geworden, daß Herr Marx die Frage der Erweiterung der Regierung für die Monate Oktober und November als politisches Problem angeklagt hat. Er selbst und darauf kommt es in diesem Zusammenhang besonders an, hat aber über die Frage der Erweiterung der Regierung nicht nur mit Rechts, sondern auch mit Links gesprochen. Der Reichskanzler hat somit freie Hand, die Frage der Regierungsumbildung nach eigenem Ermessen in Angriff zu nehmen. Diese klare (?) und eindeutige Haltung des Kanzlers machen wir uns zu eigen und anerkennen seinerlei Verpflichtung, die eine einseitige Bindung darstellen könnte. Damit ist die Frage des Bürgerblocks oder der Rechts-Koalition, tatsächlich gesehen, vorläufig verlegt.

Dr. Wirth weiß als ernster Politiker natürlich ganz genau, daß eine gleichzeitige Aufnahme von Deutschnationalen und Sozialdemokraten in einer Regierung unmöglich ist. Da er sich sicherlich keinen faulen Witz leisten will, dürfte er andeuten wollen, daß mit diesem Vorschlag, zugleich mit links und rechts zu verhandeln, das linke Zentrum dem Gedanken des Bürgerblocks mit den Deutschnationalen ausweichen möchte. Wir können ihm bekräftigen, daß daran vor allem die Mittelparteien selbst ein Interesse haben. Für die sozialistischen Arbeiter wäre zwar ein Bürgerblock in der kommenden Zeit wichtiger wirtschaftspolitischer Entscheidungen wirtschaftlich eine schwere Last. Agitatorisch aber können wir uns gar keine bessere Förderung des Sozialismus denken. Die Arbeiter-Abgeordneten der Mittelparteien im Reichstag, Soos usw. würden sich wohl vor ihren eigenen Gewerkschaftsmitgliedern nicht mehr zeigen können, wenn sie diese Koalition mit den Junkern um Weimar und Reichthofen dem Zusammenarbeiten mit ihren Arbeitsbrüdern aus dem sozialistischen Lager vorziehen würden. Wir werden sie an dem Versuch nicht hindern!

Nicht

**1 Paket Seifenpulver
sondern
1 Paket DIXIN**

müssen Sie verlangen-dann haben Sie die Sicherheit einwirklich hochwertiges Erzeugnis zu erhalten! **DIXIN** ist ein preiswertes Seifenpulver von ausgezeichneter Walchwirkung und für jeden Walchzweck geeignet



Welch' ein Glück in dieser Zeit!

Es ist einesich in der Geschichte stets wiederholende Tatsache, dass gerade in schweren Zeiten die grossen Erfindungen gemacht werden; das ist immer so gewesen bis zum heutigen Tage.

Jetzt ist Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ der grosse Freund für alle Leute geworden, die guten Geschmack mit der unvermeidlichen Sparsamkeit vereinigen müssen. Aber auch von Leuten ohne finanzielle Sorgen wird „Schwan im Blauband“ geschätzt. Dafür bürgt die ausgezeichnete Qualität.

Preis 50 Pf. das Halbpfund
in der bekannten Packung

Schwan im Blauband

frisch gekirnt

Stadttheater.
Dienstag abend 7 1/2 Uhr:
„Fidelio“
Mittwoch abend 7 1/2 Uhr:
„Wagnon“ 8158
Donnerstag 8 Uhr:
„Die Abreise“
hierauf:
„Gianni Schicchi“

Lobe-Theater 8150
Intendant: Paul Batray
Tel. R. 6774 u. R. 6766

Dienstag, Mittwoch,
abends 8 Uhr:
Die Hermannsschlacht.

Viktoria-Theater
Tel.: Ring 2297.
Täglich 8 Uhr:
Personen
unter 18 Jahren
keinen Zutritt!
Uraufführung
für Deutschland!
Das schwarze Schaf
Eine Pantomime in 3 Akten.
1. Akt: Bei Bürgermeisters
2. Akt: Die Großstadt-Filz
3. Akt: Die Arbeit-Liebe
Ab 16. September:
Gastspiel A. Beterio
Hinkemann
von Ernst Toller.

Reithelpe elegante 8200
Frad- u. Rod-Flüge
H. Mohaupt
Karlstraße 1, L. Tel. N. 1301
früher Albrechtstraße.

Ver-säumen 8161
Sie nicht die
Gelegenheit
im
Thalia-Theater
Vertagte Nacht!
mit
Stössel
zu sehen!
Sie lachen
sich gesund!
Anfang 8 Uhr!
Telefon: Ring 6700
Karten: Gehr. Barasch
u. Zigarren-Häuser
Herrmann, Schwid. Str.

Fahrradgummi
Damen- und Herren-Räder
füllig Freiburger Straße 16,
Ede Graupenstr. Fahrradhl.

Bitte
bei allen Einkäufen
stets die Inserenten
unserer Zeitung zu
berücksichtigen.

Deutsche-Wiener-Italiener-Chromatische
Handharmonikas
Mandolinen
Zithern
Holz- u. Blech-
blasinstrumente
Sprungapparate
Zu Fahrreisen direkt an Bord
Meinel & Herold
Klingenthal Str. No. 66
Verlangen Sie Prospekt und Preisliste gratis!

Schlechte Zeit!
daher bitte gebrannte Kochtöpfe, zerbrochene Glas-
und Porzellangegenstände wasser- und feuerfest
mit dem Emaillekit „Lieber Heinrich“.
Haben alle Drogerien. 7728

Sittiger 3909
Mittag- u. Abendblatt
Mittbürgerstraße 59, I.
Sozialistische Monatshefte
Redigiert von Jos. Bloch
monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 1.50
Bestellungen bei allen Zeitungsausträgern u. der Volks-
wachsbuchhandl., Breslau III.
Druckerei Volkswacht
fertigt moderne Drucksachen
Breslau 2 Kurtr. 4/6

Der internationale
Treffpunkt
aller Einkäufer
ist die
Breslauer Herbstmesse
7.-9. Sept. 1924
Am Montag und Dienstag werden an
sämtlichen Kassen Tageskarten zum er-
mäßigten Preise von Mk. 1.— ausgegeben,
die zum einmaligen Besuch sämtlicher
Messehäuser einschließlich der Kunst-
und Buchmesse im Schlesischen Museum
der bildenden Künste berechtigen. 8165

Fledermaus-Lichtspiele
Ohlauer Stadtgraben 21.
Nur noch bis Donnerstag! Anf. 4 1/2 Uhr, letzte Vorst. 8 1/2 Uhr!
Nur wir besitzen **Erstaufführungsrecht**
der original-amerikanischen Grotesken mit dem echten, weltberühmten
Menschenaffen Schnucki
4 Erstaufführungen!
1. **Ueber dem Abgrund.** 6 Akte.
2. **Schnucki als Lumpensammler.** 2 Akte.
3. **Der Filmstar aus Stockholm.** 2 Akte.
4. **Neuste Wochenereignisse im Film**
mit Original-Aufnahmen vom
großen Straußen-Rennen. 8194

Damenhüte
zu mäßigen Preisen 8109
R. Glücksmann
Karlsplatz 3, 1. Etage
Gottfried Keller:
Der grüne Heinrich
Eine wohlfeile Volksausgabe
Preis 5 Mark
Volkswacht-Buchhandlung
mod. Antiquariat
Neue Graupenstraße 5

Schauspielhaus.
Operettenbühne
Täglich 8 Uhr In neuer Ausstattung Täglich 8 Uhr.
Der große Operetten-Erfolg
Das Weib im Purpur
Musik von Jean Gilbert.
Sonntag, den 14. September, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Madame Pompadour
Musik von Leo Fall.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 9. September.

Sozialdemokratische Partei.

Stadterordnete!

Heute abend, pünktlich 8 Uhr: Fraktionsung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6.

Distriktsführer! Bis spätestens Mittwoch abend sind die Berichte von den Distriktsversammlungen im Parteisekretariat abzuliefern.

Distriktsführer! Heute abend 7 1/2 Uhr Distriktsversammlung im Wollschaffs-Restaurant, Ramenzer Straße. Referent: Genosse Kersch.

Reamtenfunktionäre! Freitag, den 12. September, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses. Wichtige Angelegenheiten.

Arbeiterkinderfreunde. Die heutige Helferzusammenkunft beginnt pünktlich um 8 1/2 Uhr, damit wir alle die Möglichkeit haben, an der Crispian-Versammlung teilzunehmen. Wir uns stehen wichtige Fragen zur Besprechung.

Jugendsozialisten. Donnerstag, abends pünktlich 8 Uhr. Arbeitsgemeinschaft: „Das kommunistische Manifest“. Wir bitten um rege Beteiligung. — Dienstag gehen wir zur Crispian-Versammlung.

Der überlegte Handel.

Die „Deutsche Tageszeitung“ vom 3. August brachte einen Artikel über die Verteilung der Lebenshaltung durch den Zwischenhandel, der sich um ein Plädoyer für die konsumsozialistische Selbsthilfe und für starke Verbraucherverbände handelt. Der Verfasser hat den Vorzug, mit Deutlichkeit den Handel als hoch überlegten Handels u. a. wie folgt festzustellen:

Infolge der verfehlten Wirtschaftspolitik während des Krieges, die sich bekanntlich fast ausschließlich der Verteilung der erzeugten Lebensmittel widmete, statt produktivfördernd zu wirken, und unterstützt durch die wirtschaftlichen Wirrnisse der Nachkriegszeit, hat der Zwischenhandel am Markt für Landesprodukte eine Vermehrung erfahren, die volkswirtschaftlich sehr bedenklich ist. Wo früher in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen ein Großhändler fünf, da „arbeiten“ deren nur mindestens fünf, obwohl wir nicht mehr, sondern weniger produzieren als vor dem Krieg und obwohl, durch die Lage der Verhältnisse erzwungen, der Konsum geringer ist als vor dem Krieg. Auch ist es eine allgemein bekannte und unbestrittene Tatsache, daß der einzelne Händler sich heute nicht mit dem Profit begnügt, der vor dem Krieg als angemessen und unbedenklich angesehen wurde. Damals begnügte sich der Großhändler mit wenigen Prozenten, er, bei ungünstiger Marktlage, mit Bruchteilen eines Prozents als Gewinn, und so ging es auch. Heute, wo nach zahlreichen tiefen Preisen des Weltmarktes vorhanden sind, nimmt man an 10 und auch 20 Prozent Gewinn.

Der Aufsatz erwähnt einen Vorgang vom Markt in Köln, wo Händlerviertel durch ihren Kartellkauf den Zentnerpreis um 6 Mark auf 9 Mark zu steigern vermochten, daran die Bemerkung zu knüpfen, daß auf solche Weise auch kaufender Publikum zum Bewußtsein kommen müßte, wie billig Händlerkreise sich heute intensiv bestreben, eine ungeheuerlich hohe Spannung zwischen Erzeuger- und Verbraucher zu unterhalten. Im übrigen sei der Zwischenhandel in der Dorngrube, die er heute bezieht, ein Auswuchs an unternormirtschaftlichen Organismus, auf den die maßgebenden Stellen ihr Augenmerk richten sollten, was uns indes weniger überraschend erscheint, als ein solcher genossenschaftlicher Zusammenschluß der Verbraucher.

Gleiche Auswüchse wie vorgenannt kann man auch in der Bauwirtschaft beobachten. Der letzte, den bekanntlich die Hunde beissen, immer der arme Verbraucher. Auf seinem Rücken trägt er die wirtschaftlichen Lasten des Zwischenhandels. Dies wird auch lange so bleiben, bis sich die Verbraucher auf ihre Kraft als Konsumenten besinnen. Immer neue Tricks werden erdacht, um die Verbraucher zu unterwerfen. Scheinbarer Augenblicksvorteile halber tragen Verbraucher ihr sauer verdientes Geld in die verteilenden Händlerviertel, statt ihren Warenbedarf in der hier am Orte bestehenden Konsumentenorganisation zu decken.

Die einzige, hier in Frage kommende allgemeine volkswirtschaftliche Maßnahme aufgebaute Organisation ist der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“. Dort haben die Mitglieder die Gewähr, außer guter Qualität und reelltem Gewicht, die Erträge nur ihrem Sinne verwendet werden.

Weltliche Schulen.

Die Anmeldung der Schulanfänger für Ostern hat bereits jetzt in den Spreckstunden der drei Sammelstellen zu erfolgen. Mitzubringen sind Impfkarte und Familienbuch, wo eins vorhanden ist. Sammelstelle 1, Weinstraße 24, Anmeldung täglich von 10-11 Uhr; Sammelstelle 2, Driener Straße 12/20, Anmeldung täglich von 11-12 Uhr; Sammelstelle 3, Driener Straße 56/58, Anmeldung täglich von 10-11 Uhr.

Die Kinder der Erwerbslosen.

Am Sonntagabend war bei ihrem Fest im Lunapark durch schlechte Wetter in ihren Freuden etwas beeinträchtigt, im übrigen war es aber doch sehr schön. An endlosen Tafeln wurden anwesenden 1200 Kinder mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Bei Augustin, der urdrollige Spagnumacher, und seine lustigen Reden sorgten für fröhliche Stimmung und sorgloses Lachen; in einer Regenspauze wurde dem Jubelpark ein schneller Besuch abgefaßt und ein warmes Würstchenbrot machte die kleinen hungrigen Kindererwagen woflig satt. Es konnte nichts Besseres und das Herz zugleich schmerzlicher Bewegendes sein, als diese Würstchenbrot der Kleinen, die in heller Freude Kinderfreude ihre Wertschätzung und die zwei Jahren alten Gemüthen nach ihren Tischen trugen. Besonders hatte sich Breslauer Bäcker-Innung des Festes angenommen und für Kinder 100 große Streifenbrotchen und 2400 große weiße Semmeln gestiftet. Drei Zentner Würstchen waren zur Verteilung gekommen. Oberbürgermeister Dr. Wagner und andere Ortsamtsmitglieder überreichten sich persönlich vom Wohlbehagen der Kleinen. Ein Feuerwerk bildete den Abschluß, und es zogen die Kinder, nach Stadtmärchen eingeteilt, mit ihren Eltern zur Haltestelle der Straßenbahn, die ihre Kleinen, munter wachsenden Fahrgäste gratis wieder nach Hause beförderte. Für Großen aber gab es noch allerhand lustige Vorführungen und lottes Längchen. Nicht nur die Stadt hatte sich in dem mit der guten Sache gestellt, Saal, Beleuchtung, die Benutzung Rummelplatzes, die Leistungen der konzentrierenden Kapelle und bereitwillig gastierenden Künstler, alles wurde ohne Entgelt dargeboten, um den freudigen Kindern der Erwerbslosen ihren Eltern ein paar Stunden des Frohsinns und der Erholung von den Sorgen des Alltags zu schenken. Alle Helfer aber haben der Wahrheit des Wortes inne geworden sein, daß Geben immer ist denn Nehmen.

Im Dienste der Menschheit.

Am Sonntag, nachmittags in der 4. Stunde, auf dem Oberdamm der linken Oberseite, an der Eisenbahnbrücke zum Oberdammhof, im Volksmund die Polnische Brücke genannt, sammelten sich immer mehr und mehr Menschen an. In der Ferne ertönte Gelächern, ein Jugendbann der Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold rückte heran. Ein Teil davon entzieht sich den Augen der Zuschauer am Ufer der Oder. Die übrigbleibenden bilden eine Kette zum Aufspüren eines Teiles des Ufergeländes. Inzwischen hat sich die Zahl der Zuschauer auf etwa 3000 Personen erhöht. Aus den Unterhaltungen ist zu entnehmen, daß eine Samariterübung vor sich gehen soll.

Pünktlich um 4 Uhr erscheint auch die Arbeiteramariterkolonne. Als Gegenstand der Übung ist ein Eisenbahnunfall auf dem gegenüberliegenden Oderufer innerhalb des zum Hafen gehörenden Geländes der Eisenbahn angenommen. Schon eilen die Samariter zum Empfang der Tragbahnen und des Verbandsmaterials. In zwei Booten, die der Besitzer der Weigelschen Badeanstalt zur Verfügung stellt, werden die Helfer über die Oder gefahrt. Schon sieht man die Samariter an der 5 Meter hohen Kaimauer hochstimmen. Die Helfer suchen die Verletzten auf, und legen den ersten Notverband an. Die am schwersten Verletzten werden zuerst geborgen. Nachdem die Kähne auch die Träger über die Oder gefahrt haben, sieht man auch die Tragen denselben Weg auf die Kaimauer nehmen.

Am diesseitigen Ufer hat inzwischen eine Gruppe der Samariter ein großes Krankenlager errichtet, das als Hauptverbandplatz dienen soll. Zehn Minuten brauchten die Samariter zu dieser schweren Arbeit. Nun ging es an das Herrichten der Inneneinrichtung des Zeltes, und die Samariter verwandten für die Zuschauer. Doch schon waren am gegenüberliegenden Ufer die ersten antizipierten Tragbahnen mit Verletzten zu sehen. Kaum an der Kaimauer angelangt, lassen sich Samariter an dieser heruntergleiten. Zwei Stangen sind schnell herbeigefahren und schon gleiten die Tragen mit Verletzten hinunter und ruhig an der hohen Mauer herunter in den Sand der zugeschnittenen Hafeneinfahrt. In derselben Weise erfolgt auch das Einboordern der Tragen mit den Verletzten. Bei der Ueberfahrt nach dem linken Ufer der Oder gestaltet das hohe Wasser gefährliche Momente, doch gelingt die Ueberfahrt stets glücklich. Nun die Verletzten schnell und sicher an Land gebracht und nach der Hauptverbandstelle geschafft. Ein Hindernis zeigt sich, wie die Verletzten sicher und wohl behütet über alles hinweg zum Zelt geschafft werden können. Hier im Zelt, wo sich eine Anzahl Betten befinden, haben die Samariterinnen mit Hilfe von Stroh eine ganze Anzahl Notlagerstätten geschaffen, sind doch 25 Verletzte signalisiert. Alles, was für eine Hauptverbandstelle erforderlich ist, befindet sich hier aufgebaut. An der Aufnahmestation wird des Einzelneinern Namen und Verletzung festgehalten. Die von den Samaritern auf der Unfallstelle angelegten Verbände werden hier, wenn erforderlich, abgenommen und dauerhaftere Verbände angelegt. Die Samariter eilen nochmals zur Unfallstelle und um 5 1/2 Uhr sind alle 25 Verletzte geborgen. Verletzte sind hier nur markiert und zwar hat jeder angeleglich Verletzte eine Zeichnung, auf welcher die Verletzungen deutlich angegeben sind. Die Vertreter der Behörden und der verschiedenen Organisationen können sich die angelegten Verbände jetzt betrachten und an der Hand dieser Tafeln sofort ersehen, ob der Verband sachgemäß angelegt ist. Auch eine kleine Ausstellung von Verbandmaterial und von Ausstattungsgegenständen wird bei dieser Gelegenheit besichtigt. Tafeln und Modelle vom menschlichen Körper beschaffen den Arbeitern, die, um Arbeiteramariter werden zu können, einen Ausbildungskursus in der ersten Hilfe

besuchen wollen, eine genaue Kenntnis des ganzen Menschen. Auch den Zuschauern wurde nunmehr die Möglichkeit geboten, alles aus nächster Nähe in Augenschein nehmen zu können.

Der Arbeiteramariterbund, dessen Übung wir hier verfolgen, ist eine ureigene Schöpfung des Proletariats. Er ist ohne fremde Unterstützung unter großen Opfern von den Mitgliedern zu einer proletarischen Organisation aufgeblüht, die sich über ganz Deutschland erstreckt. Aus geringen Beiträgen und durch rege Mitarbeit wurden die Zelte, Tragbahnen und Instrumente angeschafft. Eine wirklich sozialistische und demokratische Vereinigung, deren Führer aus Wahlen hervorgehen, und denen die Mitglieder in selbstgewollter Disziplin gehorchen. Er wird nicht so wie das Rote Kreuz, von einer hochgebildeten Bundesleitung gelenkt, die unansehbar über den wirklichen Samaritern thront. Hier gibt es kein Stillstehen und zu Befehl wie bei den Preußen, die nachzuahmen sich das Rote Kreuz viele Mühe gibt. Viel Proletarier merken dieses auch bereits und streben den Arbeiteramariterkolonnen zu. Praktisch betätigen sich die Arbeiteramariter durch Stellung von Rettungswachen bei großen Demonstrationen, Sportfesten usw. Wenn der Arbeiter nach Fabrikhause heimgeht, oder seinen kleinen Garten bebaut, zieht der Arbeiteramariter auf freiwillige Wache. Für große Unfälle hat jede Abteilung ihren Sammelplatz und kann dann beim Erklären der Uarmbereitschaft dort gesammelt werden.

Aber auch im Betriebe selbst sind vom Arbeiteramariter große Aufgaben zu erfüllen. Niedergedrückt durch schlechten Lohn und mangelhafte Ernährung, immer das Gespenst der Arbeitslosigkeit vor Augen, ist das Proletariat in den Fabriken so apathisch geworden, daß es nicht einmal mehr auf die wichtigsten vorgeschriebenen Einrichtungen zur ersten Hilfe achtet. Denn in der Zeit der Einschränkung und des Abbaues hatte der Unternehmer es leicht, Arbeiter, die mit klarem Blick die Mängel auf dem Gebiete der Betriebssicherheit sehen und für deren Abheilung Sorge tragen wollten, zu entlassen. Um der Arbeiterklasse keine Enttäuschung zu geben, sich über die unhygienischen Verhältnisse der Betriebe zu informieren, lehrten es die Berufsorganisationen, die identisch sind in ihren Anschauungen mit den Arbeiterverbänden auf wirtschaftlichem Gebiete, ab, daß Arbeiteramariter als Vertreter der Arbeiter zu den Arbeitgebern zu Gewerbeinspektionen herangezogen werden. Es dürfen deshalb nur Leute vom Rote Kreuz, die noch unter dem Protektorat von Fürsten a. D. und ehemaligen kaiserlichen Ergänzern stehen, in den kapitalistischen Großbetrieben über das leibliche Wohl des Proletariats wachen. Aber auch zu den anderen praktischen Arbeiten mühten die Arbeiteramariter herangezogen werden. Es ist ein offenes Geheimnis, daß es große Betriebe gibt, in denen keine ausgebildeten Samariter für die erste Hilfe vorhanden sind, wodurch die Folgen mancher Unfälle verschlimmert werden. Hier wäre durch planmäßige Verteilung von Arbeiteramaritern der gleichen Berufsgattung über die einzelnen Betriebe noch manches Erprobliche zu leisten.

Um neue Anhänger für die Ideale der Arbeiteramariter zu gewinnen, veranstaltet die Breslauer Kolonne in dieser Woche am Dienstag im „Tannenhof“, Berliner Straße, am Donnerstag in der Aula der Viktoriahalle und am Freitag im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses Lichtbildervorträge über Ubertuloje und Geschlechtskrankheiten. Neue Ausbildungskurse beginnen in der nächsten Woche. Anmeldungen zu diesen Kursen werden bereits jetzt entgegengenommen. Der Besuch aller Veranstaltungen ist kostenlos.

Reichstagsabgeordneter Genosse Arthur Crispian

Mitglied des Parteivorstandes, spricht heut abend 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause.

Zum Schutze gegen die Tollwut

hat der Polizeipräsident mit ministerieller Ermächtigung folgende Verordnung erlassen.

§ 1. Alle im Stadtkreis Breslau vorhandenen Hunde sind festzulegen, d. h. anzufertigen oder einzusperrern. Die Aufhebung der Hundesperrung wird erfolgen, sobald die Gefahr beseitigt ist, jedoch nicht vor Ablauf von drei Monaten.

§ 2. Der Festlegung wird das Führen der mit einem sicheren, das Weichen verhindernden Maulkorbe sowie einem Halsbande mit Erkennungs- oder Steuermarken versehenen Hunde an einer kurzen festen Leine gleichgeachtet. Diese Schutzmaßregel gilt auch für die Aufenthalt in Höfen, Hausfluren und Straßengassen. Auf Wagen müssen Hunde kurz angebunden und mit einem sicheren Maulkorbe versehen sein. Sogenannte Katzenriemen sind nicht gestattet.

§ 3. Ohne polizeiliche Erlaubnis dürfen Hunde aus dem Sperregebiet nicht ausgeführt werden. Erlaubnisbewerben werden nur in dringenden Fällen vom zuständigen Polizeirevier ausgestellt. Als Ausnahme im Sinne dieser Vorschrift gilt nicht die vorübergehende Entfernung von Hunden aus dem Sperregebiet bei Spaziergängen. Eine solche Entfernung ist ohne polizeiliche Genehmigung aber nur unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde auch außerhalb der Stadt mit einem sicheren Maulkorbe versehen sind und an der Leine geführt werden.

§ 4. Die Benutzung von Hunden zum Ziehen ist unter der Bedingung gestattet, daß diese fest angeheftet, mit einem das Weichen sicher verhindernden Maulkorbe versehen und außer der Zeit des Gebrauchs festgelegt werden. Die Verwendung von Jagdhunden bei der Jagd, von Polizeihunden (auch Schutz- und Begleitthunde im Dienste der Polizei, sowie von ausgebildeten Führerhunden der Erbfindeten, während der Ausübung ihrer Tätigkeit ohne Maulkorbe ist zugelassen. Die Blindenführerhunde haben in öffentlichen Lokalen stets angeheftet und angeleint bei ihrem Besitzer zu verweilen. Außer der Zeit des Gebrauchs unterliegen diese Tiere den Sperrevorschriften.

§ 5. Das Mitbringen von Hunden in Geschäftsräumen aller Art, in Konzerthallen und Gärten ist verboten. Die Inhaber solcher Geschäftse oder Lokale, die das Verweilen fremder oder eigener Hunde in dem öffentlichen Verkehr dienenden Räumen oder Gärten dulden, machen sich strafbar.

Zumiderhandlungen gegen diese Anordnung werden auf Grund des Viehhungengesetzes strafrechtlich verfolgt; auch wird die sofortige Tötung der Tiere angeordnet, die frei umherlaufend verurteilt werden.

Sie werden nicht alle

Am vergangenen Sonntag feierte die Kriegsbeschädigten-Vereinigung im Schichewerder die Weiße ihrer Schwarz-weiß-roten Fahne. Im Kampf um die wirtschaftliche Sicherstellung der Kriegsoptioner hört man von der kleinen Vereinigung sonst wenig, aber ihre Fahne wehte sie — mit Barockemahel und Reden, sehr viel Reden. Hochwürden Pastor Sebertz weitere

gegen das Volksverbrechen des Klassenkampfes und Oberst Schwert rief nach der allgemeinen Wehrpflicht. Und arme Menschen, Proletarier, die im Dienste des Kapitals verflümmert sind, ihm die Gesundheit und Glieder geopfert haben; nicht dazu noch mit den Köpfen, Nein, sie werden eben nicht alle

Tätige Geschäftsleute

sind manche Gaßkälteinfahder. Darum ist es notwendig, daß jeder Republikaner, wo immer er einkehrt, oder seine Bedürfnisse deckt, sich umsieht. Das Lokal „Zum goldenen Hahn“, Reichenstraße, hält nur völkische Zeitungen, die achtbaren Tageszeitungen Breslaus fehlen. Nachrichten nach republikanischen Wäutern wurden mit nichtsagenden Redensarten abgetan. Die völkischen Zeitungen enthalten Warenanpreisungen Breslauer Firmen, die wert sind, gemerkt zu werden. Heute vorläufig eine: „Jeder Stahlhelm-Mann und Nationale raucht „Bairam die Große“, preißt Prædeckt seine Ware an. Prædeckt, der in seinem Betriebe antirepublikanische Schriften verteilt; der den „Leibkassieren“, „Viktoria-Luise“ und andere Zigaretten der Kaiserzeit noch heute fabriziert. Derselbe Prædeckt, der aus einer jüdischen Familie stammt und heute in antisemitischen Kreisen eine Rolle spielt.

Arbeiter, Angestellte, Republikaner! Beachtet das und verfehrt nur in den Gaststätten, die anständige Zeitungen halten, verlangt die „Volkswacht“ und die „Breslauer Zeitung“, verlangt anständige Fabrikate und anständige Behandlung. Reichsbanner.

Volksbund für neue Erziehung.

Am 5. September fand eine geschlossene Mitgliederversammlung statt. Zur Beratung der Anträge für den nächsten Delegiertentag in Berlin am 1. Oktober. Erfreulich für uns ist, daß jetzt der ganze Bund entschiedener Schulreformer den Namen, den die Breslauer Ortsgruppe schon längst für sich gewählt hat, annehmen will. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Bundeszeitschrift, „Die neue Erziehung“, vom 1. Oktober ab nur noch durch die Post bezogen werden kann. Verpakt die Umstellung nicht; den bisherigen Bezählern werden vom Bunde aus Bestellkarten zugehen, die, mit Namen und Wohnung versehen, ohne Freimarkte in einen Briefkasten gesteckt werden können. — Von Fräulein Jils wird dann noch angeregt, der Bund für neue Erziehung möge sich für eine Reorganisation der Fürsorgeerziehung einsetzen. Es wird beschlossen, das Thema im Laufe des Winters in einer öffentlichen Volksversammlung zu behandeln. Herr Dr. Götze weist darauf hin, daß die Bundesmitglieder die Fürsorgeerziehung in einzelnen Fällen abwenden könnten, wenn sie sich zur Schulaufsicht für die gefährdeten Kinder zur Verfügung stellen. Den interessierten Mitgliedern soll Gelegenheit gegeben werden, sich über die Pflichten der Schulaufsicht zu informieren. — Zum Schluß bittet der Vorsitzende, energisch für die am 11. und 12. Oktober in Breslau stattfindende Herbsttagung des Landesverbandes Schloffen zu werden. Das Programm der Tagung wird noch an den Anklagstafeln und in den Zeitungen veröffentlicht werden. Sehr bekannte auswärtige Führer und Führerinnen unserer Bewegung werden sprechen! W.

Wasserstand

nom 9. September 1924.

Table with 2 columns: Location and Water Level. Locations include Rathor, Krapph, Kofel, Weig (Wolfsdamm), Reifemündung (Ober-Bege), and Breslau (Ober-Bege). Water levels range from 3.07 to 5.44.

Kunst und Messe.

Die diesjährige dritte Kunstmesse ist die letzte ihrer Art: aus dem Verkaufstand wird das nächste Mal eine Sammlung, die die Leipziger Kunstmesse völlig kopieren wird. Damit wird völlig aufgehoben, was bisher nur angebeutet war: die Kunstmesse ist weder eine Angelegenheit der Kunst, noch der Künstler, sondern der Kunsthändler. Zweifelslos braucht der Kunsthandel ebenso seine Verkaufsförderung wie Leinen-, Schuh- und Maschinenfabriken. Die Künstler — und ganz besonders die Breslauer — jedoch müssen die Gelegenheit finden, Mißverständnisse zu beseitigen, der „Messe“ eine „Ausstellung“ gegenüberzustellen und den Durchschnitt ihres Schaffens in der Zeit des geschäftlichen Kummels in der Jahrhunderthalle einem breiten Publikum katalogisiert zu übergeben. Warum nicht die Künstler in einem (besseren) Glaspalast von launmännlichen Gebäuden erlösen? Warum nicht die Kunst Liebender in voller Selbstständigkeit lebendig erhalten und die restaurierten, achtsach lackierten, zweifelhafte Bilder alter „Schulen“ dem häufigen Mißverständlichen überlassen?

Der Besuch der Kunstmesse in dem Schließlichen Museum der bildenden Künste zwingt also von vornherein zum Verzicht, das Bild eines Künstlers aus einer Reihe von Gemälden zu lösen. Es bleibt eine Aufzählung durcheinanderfallender Bilder, über denen der Name des Kaufmanns steht, der sie zusammenstellte. Und man kann nicht einmal sagen, daß diese Leute, die aus dem „Reich“ kommen, hier in Breslau eine besondere Begabung zeigen. Nur zwei Firmen fallen in der Masse des Belanglosen, Uninteressanten, Langweiligen auf: Jacobsohn und Avenarius, beide aus Breslau, beide in der Tausendjährigen.

Jacobsohn zeigt den Raum des rühmlichen, feinschmeckenden Sammlers alter Erkaugaden, feinerer Kupferliche und Holzstücke des 16. Jahrhunderts und der eigenartigen, jenen, verträumt-lustigen Kunst japanischer Holzstücke der Hofurai und Utamaro. Avenarius, sein modernes Gegenstück, schmückt die unstrahlend gewaltige und vornehmste Rolle der Messe. Den Hauptton seiner Ausstellung gibt der Piper-Verlag (München) mit den farbigen Bildern von Dürer, Mantegna, Renoir und Vincent van Gogh. Ein herrliches Beispiel heutiger Technik, können sie die Originale in ihrem gestuften Farbennuancen, der Plastik des Pinselstrichs und der besonderen Eigenart des Materials derart klar und deutlich nach dem Selbst der Sachmann, der sie von einem Schritt Entfernung zeigt, gelüftet wird. Der vollendete Druck und der verhältnismäßig sehr niedrige Preis machen sie zu den wichtigsten Erscheinungen im Kunstverlag. Dieses Bandbestück wird von 200 Aufnahmen der Raumbürger Dom-Plastiken von Seege (Delphin-Verlag), einer Menge herrlicher Kleinplastik und den ausgezeichneten Druck moderner Buchkunst eingerahmt. Gautama Buddha, Christian Morgenstern und Meier-Graef liegen nebeneinander als würdige Vertreter des Piper-Verlages beieinander.

Der reine Kunsthandel läßt sich durch allerlei (mehr oder weniger bekannte) Namen vertreten und befriedigt dadurch nicht, wenn er seinen Belanglosigkeiten durch einige Namen wie Gerard Terborgh, Adrian van Ostade und Theodor Gericault Halt und Sitz zu geben vermag.

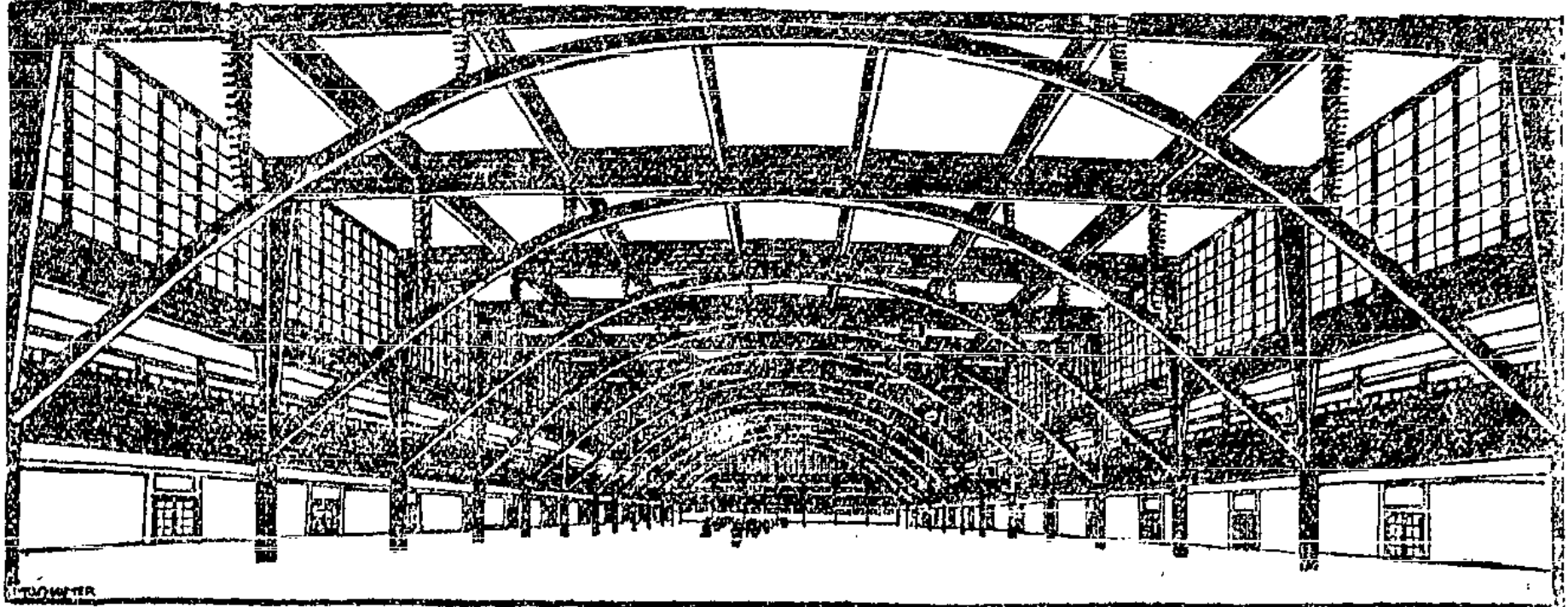
Das Werk Breslauer Künstler wird durchaus unvollkommen und im ganzen recht mäßig geistigt. Die „Prominenten“ haben fast sämtlich die für sie von vornherein zweifelhafte Angelegenheit kopiert. Zu Beutner, von Kardorff, Nerlich und Seidel gesellen sich die Mißverständlichkeiten der Oberhäuser, König und Schlaupitz. Eine Persönlichkeit drängt sich vor: Alexander Bernhard Hoffmann-Breslau. Er zeigt eine ganze Anzahl skulpturlicher und landschaftlich-architektonischer Werke. Seine Gemälde erscheinen in ungleichartiger Auswahl. Mandes Kalligraphie („Nebiger Wald“), manches Gemälde („Stilleben“), manches noch nicht völlig Geübte und Bewagene („Mte in der Landschaft“) steht neben der einprägnanten starken Kunst des „Häuses mit Baum und Wasser“. Die sichere Stufung weilt neutral-erbiger Töne, die fast völlige Auflösung von Linie und Form in farbige Werte und eine Komposition, die nichts als die fatten Tiefen einer einfachen Palette aneinanderreicht, zeugen für einen Künstler, der sein Material überwindet. Die starke Wirkung dieses Malers Breslauer Kunstschülerdrangs überzeugt nicht: keine eigenständige Einprägung, die Verachtung literarischer „geübter“ Gebärden und die seltsame Sinnlichkeit des Auges stellen ihn über seine Umgebung, die entweder mit oder Langeweile Mißverständlichen neu aufsteigt oder mit pathetisch geschwollener Brust das Jurio der Mißverständlichen vorführt. Hoffmann ist der einzige Gewinn des Einblicks in Breslauer Kunst. Jacobsohn und Avenarius der einzige im Breslauer Kunsthandel.

Die neue Messehalle in Scheitnig.

Eine neue Messehalle, ist in Scheitnig im Ostböhmen, deren Flächenausbreitung der Jahrhunderthalle nicht nachstehen wird. Der Bau erhält eine Länge von 150 Meter und eine Breite von 60 Meter, überdeckt somit einen Flächenraum von 9000 Quadratmeter. Im Innern des Gebäudes sind teils zur oberen Erde, teils auf einer Galerie Stände für ungefähr 1000 Aussteller vorgesehen. Für Masseneranstaltungen kann die Halle bequem Raum für 20.000 Besucher bieten. Neben diesen, dem eigentlichen Messeverkehr dienenden Räumen, sind noch besondere Abteilungen für die Verwaltungsbüros der Messegesellschaft, für eine Restauration mit großem Küchenbetrieb, für die notwendigen Bedürfnisanstalten, für Abstellräume, Heizung, Kleiderablagen und für eine Postabfertigung untergebracht. Im Anschluß an die Messehalle wird nördlich als Hauptzugang für das Messegelände ein überdachter Säulenhof geschaffen werden, dessen Längsachse sich mit einer der Hauptachsen der Jahrhundert-

halle decken wird. Hier werden die Büroräume und Kassenbüros ihren Standort finden.

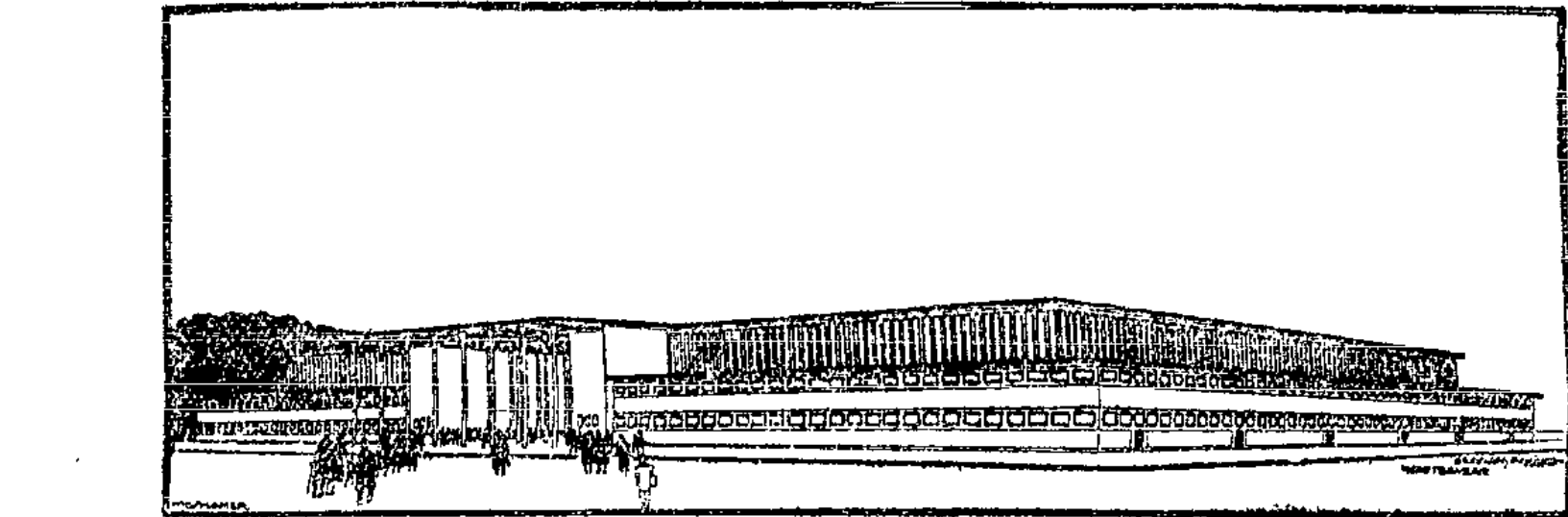
Der konstruktive Aufbau der Halle wird bis auf die Umfassungsmauern und die Fundamente in reiner Holzkonstruktion ausgeführt. In der Wahl dieses Baustoffes erwog man sich einmal aus finanziellen Gründen und zweitens aus der Erwägung heraus, daß eine Halle aus Holz in kürzerer Zeit fertiggestellt werden kann, als eine solche aus Beton oder Eisen. Die Ausarbeitung der Pläne lag in den Händen des Stadtbaurats Vera und seines Mitarbeiters, des Architekten Moshammer, während die Ausführung der Bauarbeiten den Deutschen Holzbauwerken Carl Luchserer Aktiengesellschaft, Oltau, übertragen wurde. In seiner Gesamtwirkung stellt der Bau das Ergebnis glücklichen Zusammenarbeitens zwischen architektonischer künstlerischer Auffassung und ingenieurmäßig gut durchdachter Formgebung dar.



Zu fünf gekrümmten Bögen, ohne störende Durchzüge, Streben und Berggitterwerke, wachsen die Hauptträger aus den Ankerpunkten in Galarhöhe in den freien Hallenraum hinein. Mit schlanken Säulen lehnt sich auf diese das sternförmig abfallende Dach. In seinen senkrechten Nervenflächen reichlich Licht dem Innenraum spendend. Die Stabilität der schlanken Tragbögen wird durch verkleidete Verstärkungsträger unterhalb der Dachhaut gesichert. Ein ähnliches klassisches Prinzip ist seinerzeit, allerdings in umgekehrter Sinne, beim Bau der Kaiserbrücke mit

diesen Geleise zur Anwendung gekommen. Die von der Tragbögen ausgehenden Seitenschübe werden in Höhe des Galleriefußbodens in die Zwischenwände zwischen den Seitenschüssen überleitet und dort von beweglichen Eisenbeton-Grundplatten aufgenommen.

In architektonischer Hinsicht ist die Außenfassade mit derjenigen der Jahrhunderthalle in harmonische Uebereinstimmung gebracht worden.



Auch hier erkennt man dieselben einfachen und vornehmen, in gleichmäßigem Rhythmus sich wiederholenden Linien als charakteristisches Merkmal ohne jedes überflüssige Beiwerk ornamentaler Schmuckes, lediglich durch Maße und Gliederung wirkend. Die in senkrechten Flächen angeordneten Fenster erhalten matte Ornamentausfüllung, die dem inneren Raum ein gleichmäßig verträgliches Tageslicht ohne grelle Reflexe und störende Schatten geben werden. In der kälteren Jahreszeit wird durch

eine Zentralheizung für die nötige Innentemperatur gesorgt werden.

Die Bauarbeiten werden so gefördert werden, daß der Eintritt des Winters der Hofbau abgeschlossen und heizbar sein wird, so daß der Innenausbau ungehindert von staten neben kann. Am nächsten, im Februar stattfindenden Messe wird die Halle bereits ihrer Zweckbestimmung dienen können.

Aus aller Welt.

Der Amerika-Jeppelein fliegt!

Wie in der gestrigen Süddeutschen Landfahrt des Amerika-Jeppelein gemeldet wird, hat das Luftschiff während des 3 1/2-tägigen Fluges eine Strecke von weit über 1000 Kilometer zurückgelegt. Es wurde eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 130 Kilometern stündlich innegehalten, ohne daß damit die Höchstgeschwindigkeit der zur Verfügung stehenden Motorenleistung erreicht wurde.

Dorfkrieg.

In Hartensfels auf dem Westerwald hat der Ausgang der letzten Gemeindevahl die Dorfbewohner in zwei Parteien gespalten, die sich auf das heftigste bekämpfen. Diese Fehde hat nun dazu geführt, daß an einem der letzten Tage eine Anzahl Bauern einen Gegner in seinem Gehöft überfallen, ihn sehr schwer mißhandeln, einem zweiten die Arme zerhacken und einem dritten die Schädeldecke zertrümmern. Bei dem Ueberfall bedienten sich die Angreifer starker Eisenhämmer. Dreizehn der Hauptbeteiligten wurden von Landjägern festgenommen und dem Landgerichtsgefängnis Neuwied zugeführt.

Heimatliebe.

Ein Republikaner und ein Bismarcker disputieren über den „Dolchstoß“. Der Bismarcker behauptet, daß die Linksorientierten sich vom Kriegsdienst gedrückt hätten, worauf der Republikaner damit repliziert, daß die großen völkischen Reden wie Wulle, Graf Reventlow, Paul Bäcker usw. es verstanden hätten, während der ganzen Kriegszeit daheim zu bleiben. Darauf der Bismarcker: „Und wenn... Da steht sich eben bei diesem Wärmern die überarroke Liebe zur deutschen Heimat!“ („Lachen links“.)

Ein internationaler Tabakstreit, der Mitte Juli in Graz tagte, hat unter deutscher Mitwirkung an alle Ecken der Welt appelliert, gegen das Tabakrauchen in den Schulen einzuschreiten. Eine zweite Entschiedenheit wendet sich an die Staaten, die ein staatliches Tabakmonopol eingerichtet haben. Das Staatsmonopol sei durchaus erwünscht. Dieser Gedanke muß vor allem bei der Erziehung der Jugend durch die Lehrerschaft propagiert werden.

Der höchste Richter des Bundes wegen Trunkenheit verurteilt. Der Präsident des Ober Hofgerichts — des höchsten Gerichtshofes in Island — ist vom Ratsherren in Helsingfors wegen Trunkenheit und Alkoholbesitz zu einer Geldstrafe von 2500 Mark verurteilt worden.

Die Tuberkulose in Petersburg.

Nach Abschluß der allgemeinen Untersuchungen auf Tuberkulose in die das bolschewistische Gesundheitskommissariat in Petersburg unter den Arbeiterkindern vornahm, ergab sich das erschreckende Resultat von 86 Prozent an Tuberkulose bei-

den Kindern im schulpflichtigen Alter. Nach dem Bericht des Kommissars soll tatsächlich nicht einen einzigen Arbeiterfamilie angetroffen worden sein, deren Glieder nicht von Tuberkulose befallen waren. Die Ursache dieser außerordentlichen Verbreitung von Tuberkulose führt man auf die schlimmen sanitären Zustände und schweren Lebensbedingungen zurück, denen die Arbeiterkinder in dem bekannt ungesunden Klima Petersburgs, und durch den Mangel an warmen Wohnungen ausgesetzt sind. Gleichzeitig soll eine starke Dysenterieepidemie Hunderte von Kindern hinraffen, und auch die Malaria unausgesetzt neue Opfer verlangen.

Die Post in Rußland.

Die im Astraخانer und Bufejewischen Bezirk, sowie in der Kirgisensteppe grassierende Bubonepest breitet sich in immer weiter aus. Die Regierung hat 48.000 Goldrubel zur Bekämpfung der Seuche bereitgestellt. Das Kaiserliche Laboratorium hat festgestellt, daß von der Pest infizierte Springmäuse in großen Massen längs der Wolgawassischen Eisenbahn bereits bis zur Station Remontnaja vorgedrungen sind. Diese Station liegt auf dem halben Wege zwischen Wolgawass und Koflow am Don. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Pest in das europäische Rußland übergreift und damit auch das übrige Europa bedroht. Ganze Scharen von Bauern, die bis zur Vollerhebung der betreffenden Gebiete in Seuchenbaracken untergebracht sind, durchbrechen die Abperrungen, da sie nicht über genügend Lebensmittel verfügen, um sich zu erhalten.

Die europäischen Sender.

Wie rasch sich die Radiotelephonie ausbreitet, geht daraus hervor, daß nun 67 Telephonisender in Europa tätig sind, die täglich Nachrichten, Musik und Gesang in den ether austreten. Dazu kommen noch einige neue, die im Bau sind. Im kommenden Winter ist es wahrscheinlich, daß das erste Hundert dieser Sender erreicht werden wird. Von den europäischen Staaten sind vertreten: Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Österreich, Polen, Rußland, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn. Allerdings fehlt die Zahl der europäischen Sender gegen die der amerikanischen noch weit zurück. Dabei sind natürlich nicht die privaten Leute gezählt, die zu Versuchszwecken Telephonisender betreiben. In Graz wird ein Sender errichtet, der in kurzer Zeit in Betrieb kommen soll. Später soll er auch als Uebertragungsstation der Wiener Darbietungen verwendet werden.

20 Millionen Obdachlose in China.

Seit uralten Zeiten ist die chinesische Provinz Tschili hinsichtlich Ueberfluthungen unangenehm ausgefallen. Ihre natürliche Lage scheint sie von vornherein zum unglücklichen Opfer dieser in gewissen Zeitabständen immer wiederkehrenden Katastrophe zu bestimmen, mit der man sich in China bereits abgefunden hat. Denn die Chinesen in dieser Provinz machen nicht die geringste Anstrengung, sich gegen das Toben der Elemente zu schützen, und nehmen die zerstörende Mut wie eine von Gott

gesandte Sühnung mit Ergebenheit hin. Tschili wird auf der einen Seite von Bergen abgeschlossen; auf der anderen Seite breitet sich das Meer. Durch die Ebene, die sich über 100.000 Quadratmeter ausdehnt, fließen 5 Hauptflüsse, denen wieder unzählige Nebenflüsse zuströmen. In der Gegend von Tienjin vereinigen sich die meisten dieser Flüsse mit dem Peiho zu einem gemeinsamen Bett. Wenn nun die Zeit der Regenflüsse beginnt, die in dieser Gegend kein Ende nimmt, und der Schnee auf den Bergen schmilzt, ergießt sich die Hochwasserflut, der keine Schranken gesetzt sind, über das unglückliche Land. Die Flüsse treten über ihre Ufer, und der Peiho schwillt so gewaltig an, daß das ganze Gebiet unter Wasser steht und Menschen, Tieren und Pflanzen den Tod bringt; selbst die riesigen Tienjin sieht sich in furchtbarem Gefahr. Zwar sind die ausländischen Ingenieure der Ansicht, daß moderne Kanalisations- und Dammanlagen dem Unglück für alle Zeiten steuern und die Gefahren des Wassers und der Ueberfluthungen beseitigen würden, aber die Chinesen glauben es nicht, und ihr Respekt vor den Ahnen, die es auch nicht besser hatten wie sie, hindert sie, etwas für ihre Rettung zu tun. Auch in diesem Jahr wütet das Unglück wieder mit besonderer Schärfe in der unglückseligen Provinz. Auf ein paar Inseln, die die Flut noch abgelaufen hat, haufen die Flüchtlinge und bedauernswerten Obdachlosen und sehen, ohne Nahrung und Unterkunft, einem furchtbaren Winter entgegen. Die Sorglosigkeit der Regierung über die vielen die asiatische Gleichgültigkeit — denn von einer sorgenden Regierungsgewalt kann man in diesem Land des ewigen Bürgerkrieges nicht sprechen — sind die Ursachen dieses entsetzlichen Elends. Man zählt schon jetzt 20 Millionen Obdachlose; davon haben 5 Millionen ihr ganzes Hab und Gut verloren und sind in größte Not geraten.

Chinesische Lebensmärten.

Der gefürchtete und blutdürstige Räuber der Provinz Schantung war eine 47-jährige Frau, die den Namen Opa, die „alte Mutter“, führte. Diese Frau hielt mit einer Bande von mehr als 100 Räubern die ganze Provinz in Angst und Aufregung. Sie war eine kühne Kletterin und ein unerschütterter Schläger. Im vergangenen Sommer unternahm sie mit zwei anderen Räubern einen Angriff gegen die Stadt Tschau in der Provinz Schantung und konnte nur durch Aufgebot sämtlicher bewaffneter Bürger zurückgeworfen werden. Eine Schaar von Bauern, die sich zur Wehre gesetzt hatten, wurden in dem Dorf Kalkhsiang eingeschlossen. Die Räuberin hielt über sie ein furchtbares Gericht. Zunächst wurden alle Männer erschossen. 60 Frauen und Kinder wurden zusammengetrieben, und die „alte Mutter“ behauptete, daß auch sie unter Marten gelötet würden. Kein lebendes Wesen entkam dem Blutbad; selbst das Vieh wurde ausnahmslos getötet. Nun hat dieses Schicksal die gerechte Vergeltung erreicht. Man fing sie und brachte sie nach Tschau, wo sie einer alten chinesischen Lebensmarter unterworfen wurde. Diese garstige Hinführung heißt „Wang-Sche“, was so viel bedeutet wie „zerhacken“. Es ist eine Art Sühne, bei der das Opfer durch erfahrene Henker in einzelne Stücke zerhackt wird, aber auf solche Weise, daß der Gemarterte mehrere Stunden lang bei vollem Bewußtsein bleibt.

Gewerkschaftsbewegung.

Bundesstag des Baugewerksbundes.

In der Abendung des dritten Verhandlungstages wird mit der Beratung des dritten Punktes der Tagesordnung, „Lohnbewegung und Tarifvertrag“, begonnen, zu dem Tagesordnungspunkt das einleitende Referat hält. Er geht zunächst auf die Lage der Bauarbeiter ein und betont, daß auch nach der Währungsreform niedrige Gehälter das typische Merkmal waren. Ein nicht zu unterschätzender Fortschritt sei bei dem Entzücken der Bauarbeiter zu verzeichnen gewesen. Aber noch immer ist die Erzielung so gewaltige Umschichtungen und in großen Teilen der Bauarbeiter wie im ersten Halbjahr 1924. Somit wird die Möglichkeit, ob vom Baugewerksbund ein neuer Versuch des Tarifvertrages angestrebt oder der jetzige tarifliche Zustand vorläufig beibehalten werden soll. Redner empfiehlt den Bauern die Annahme der Entschlie- sung mit Rücksicht auf die Währungsreform. Dies vom Bundes- vorstand macht noch Erwägungen. Er nimmt im besonderen auf Grund einer vorliegenden Entschlie- sung gegen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht der Bauarbeiter Stellung.

Nach 7 Uhr werden die Beratungen auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

In der Vormittags-Sitzung des vierten Verhandlungstages erhält Silberstein vom Bundesvorstand das Wort zu einem Vortrag über die Lage der Arbeitsbeschaffung. Er weist auf die Verhandlungen der Organisationen mit den maßgebenden Regierungskreisen hin und betont, daß auf Grund dieser Beziehungen schon in allerhöchster Zeit der Bau des Mittelstandes in Angriff genommen werde. Die Arbeit werde nicht aus Reichsmitteln, sondern durch eine gewerkschaftliche Gesellschaft mit ausländischer Kapitalshilfe durchgeführt. Weiter sei von einer halben Betriebsgesellschaft unter dem Namen „Reichskulturwerk“ die Kultivierung von Ledland in großem Maße vorbereitet worden. Der Plan sehe vor, innerhalb zehn Jahren 600.000 bis 800.000 Kleinwohnungen und Bauernstellen einzurichten. Nach längerer Ausführungen richtet der Redner an alle Funktionäre den dringenden Appell, der Arbeitsbeschaffung größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. — In der Ansprache äußert sich ein Redner als grundsätzlicher Gegner des Reichsarbeitsvertrages. Andere warnen vor zentralen Regelungen. Allgemein wird gegen die jetzige Form der Notstandsarbeiten Stellung genommen.

Zur Schlußwort erhält Weiser vom Bundesvorstand nochmals, der Entschlie- sung zustimmen. Mit allen gegen vier Stimmen wurde die Entschlie- sung zum Reichsarbeitsvertrag angenommen, in der es unter anderem heißt: „Der Bundesstag billigt die sich ergebende Zielsetzung des Bundesvorstandes und Bundesleiters zu dem Schiedspruch vom 16. Juli dieses Jahres, der die Tarifverträge vorläufig wolle, während sechs Monaten im Falle der Stände wesentlich zu arbeiten und weitere Verbesserungen des abgelaufenen Reichsarbeitsvertrages anzunehmen. Der Bundesstag lehnt eine regelmäßige und zwangsartige Überarbeitung des Notstands- und des Reichsarbeitsvertrages ab. Der Bundesstag will nicht jeder Überarbeitung des Reichsarbeitsvertrages widersprechen. Wenn aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen zeitweilige Überstunden notwendig sind, so können und dürfen die örtlichen oder bezirkslichen Organisationen solche vereinbaren. Als Merkmal der Notwendigkeit sind insbesondere eine hohe und anhaltende Bauaktivität und der Mangel an Bauarbeitern. Solche Überstundenvereinbarung muß zeitlich begrenzt sein und die Überstunden müssen mit einem Zuschlag zu dem Tariflohn vergütet werden.“

Die Entschlie- sung spricht sich weiter gegen die Afford- arbeit im Baugewerbe aus, sowie gegen eine Verschlechterung des Zustandes, der den jungen Bauarbeitern zwei Jahre nach der Ersetzung der alten Tariflohn gewährleistet. Ferner wird die Regulierung der Arbeitsbedingungen für die Baugewerks- weiser im Reichsarbeitsvertrag, unter Abnahme der von den Unternehmern gewünschten Verschlechterungen soll nach der Entschlie- sung der Reichsarbeitsvertrag angestrebt werden.

Einstimmig Annahme fand ferner folgende Entschlie- sung zur Notstandsarbeit und Pflichtarbeit: „Der erste Bundesstag des Deutschen Baugewerksbundes stellt fest, daß die Art, wie im deutschen Reich in den letzten Jahren sogenannte Notstandsarbeiten vorgenommen wurden, für die im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter ein Mittel zur Verschlechterung ihrer Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen wurde. Die Bauarbeiter müssen es als eine ihnen von der Reichsregierung angetragene Verschönerung betrachten, wenn die Regierung durch den Reichsarbeitsvertrag und die Reichsarbeitsverträge für allgemeinverbindlich erklärt und hinterher durch ihre Verordnungen verlangt, daß als Entgelt für Bau- arbeitskräfte die Erwerbslosenunterstützung genügen soll. Diese einander widersprechenden Regierungsmassnahmen, die gleichzeitig das Ansehen der örtlichen Reichsbehörden herabsetzten, fügten dazu, daß die Arbeiter den Tarifverträgen keinen Wert

nicht beilegen. Die Bauarbeiter fordern aus volkswirtschaftlichen Gründen, daß für alle Bauarbeiten entweder der tarifvertraglich festgesetzte Lohn oder, wo ein Tarifvertrag nicht besteht, der für Bauarbeiter übliche Lohn gezahlt wird. Notstandsarbeiten in der bisher beliebten Weise werden teuer als von Bauarbeitern zum Tariflohn ausgeführte Arbeiten. Ihr sittlicher Zweck sollte sein, die Erwerbslosen vom Mühsal abzuhalten und ihre Moral dadurch zu stärken, daß sie für die ihnen von der Allgemeinheit zufließende Unterstützung eine Gegenleistung in Form von Arbeit bringen sollten. Erreicht wurde, daß in den meisten Fällen bloße Anwesenheitsgehälter gezahlt wurden und die an Erbsarbeit ge- wöhnten Arbeiter erwerbslos wurden oder in ihrer Leistung zurück- bleiben mußten, um sich der Not zu erwehren.“

Ebenso wurde eine Entschlie- sung zur Arbeits- dienstpflicht angenommen. Unter anderem wird darin ge- sagt: „Wir bestritten zunächst, daß die durch „Dienstpflicht“ aus- geführten Arbeiter wolle, werden als die von freien Arbeitern ausgeführt. Darum und weil es erwerbslose Arbeiter genug gibt, die diese Arbeit leisten können, fern sei die Ein- führung des verfallenen Militärischen nicht wollen und weil in der kapitalistischen Gesellschaft erwerbslos mit diesen Ar- beiten nicht so sehr dem ganzen Volk als einigen Grundbesitzern gebietet würde, bekämpfen wir bis zur Umgestaltung der gesamten Wirtschaft die Arbeitsdienstpflicht und verpflichten alle Mitglieder, das gleiche zu tun.“

Sodann erhaltete Herr Karlstein Bericht über die Be- ratungen der Sachverständigenkommission, wobei gleichzeitig die Abstim- mungen über die vorliegenden Anträge vorgenommen wurden. Annahme fand unter anderem eine Anzahl von Anträgen, die vom Bundesvorstand gestellt wurden und eine straffere Organi- sation bezwecken. So sind beispielsweise verschärfte Bestimmungen in die Satzungen einmündig worden, die den Baugewerksbund gegen die kommunistischen Gewerkschaften zu schützen sollen. Weiter sind besondere Strafbestimmungen vorgeschrieben für solche Mitglieder und Vertrauenspersonen, die gegen die Bundesorganisationen verstoßen, die mit bundesdeutschen Parteien und Organisationen — wie der Roten Gewerkschafts- internationale — zusammenwirken oder auch sonst dem Wohl des Bundes oder auch der Arbeiterschaft entgegenarbeiten. Abgelehnt wurden einige Anträge der sogenannten Opposition, die die Propagierung des „revolutionären Klassenkampfes“ forderte. Beibehalten wurde ferner eine Neuregelung der Bei- träge und der verschiedenen Unterstützungsätze. Die Gesamt- änderungen der Satzungen wurden gegen eine Stimme an- genommen. Die neuen Satzungen sollen ab 1. Januar in Kraft treten, die Bestimmungen über Reichsunterstützungen dagegen schon am 1. Oktober dieses Jahres. Weiterhin wurden die Rich- tungen für Lohnbewegungen und Arbeitsein- stellungen im wesentlichen wieder beibehalten. Zugestimmt wurde auch einer Entschlie- sung zur tariflichen Gestalt und des Lohnanspruches unter Berücksichtigung einer von den Jugendlichen beantragten Änderung. Mit großer Mehrheit sprach sich der Verbandstag gegen die Angelegenheiten im „Grundstein“ aus. Der Bundesstag stimmte außerdem einem Be- schluß des Bundesvorstandes zu, nachdem sämtliche noch brauch- baren Anträge wegen einer besseren Ausgestaltung der Nach- gruppen und des Nachorgans dem Bundesvorstand zur Erwägung und Berücksichtigung übergeben wurden. Zur Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des Baugewerksbundes wurde mit schwacher Mehrheit ein Kom- missionsvorschlagn angenommen, der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30prozentige Gehaltssteigerung zuspricht. Hinsichtlich der Wahlen der Delegierten zum nächstjährigen Ge- werkschaftskongress wurde die Ausschreibung der Wahl dem Vor- stand überlassen. Gegen eine Stimme wurden gewählt: Paep- low zum Vorsitzenden, Bernhardt zum ersten Stellvertreter und Scheibel zum zweiten Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorstandes bleibt in der bisherigen Zusammenlegung bestehen. Weiter wurde auch noch die Wahl der Reichsgruppen- Ombudsleute sowie der Revisoren und der Bundesauswärtigen ab- genommen. Beschlossen wurde ferner, daß der 5. Jahrestag in Hamburg verfallen soll. Dann folgten verschiedene Schluß- ansprachen, worauf unter Breifachen hoch auf den Deutschen Bau- gewerksbund nachmittags gegen 3 1/2 Uhr die Tagung geschlossen wurde.

12. Verbandstag der Buchdrucker.

In der Abendung des fünften Verhandlungstages werden zunächst die Anträge zum Punkt 8 erledigt. Abgelehnt wird ein Antrag des Bezirks, der scharfe Kritik an dem DGB, übt und fordert: „In selbstwählter Weise als bisher positive Arbeit zu leisten“. Angenommen werden die Anträge, die sich für den Aus- bau der sozialen Gesetzgebung, Schaffung eines einheitlichen Ar- beitsrechtes, Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung und gleichzeitige Bekämpfung der Schlichtungsordnung in ihrer gegenwärtigen Gestalt fordern. Ferner wird der DGB, ermahnt,

in laufender Reihenfolge eine Sammlung wichtiger Entschlie- dungen im Schlichtungs- und Arbeitsrechtes herauszugeben; dem Verbandsvorstand wird aufgegeben, die Beschäftigung der Ma- demie der Arbeit aufrechtzuerhalten.

Einstimmig Annahme findet eine Entschlie- sung, in der den ausländischen Buchdruckerverbänden wärmsten Dank ausgesprochen wird für die in der Inflationszeit ge- währte finanzielle Hilfe. Die Entschlie- sung bringt ferner zum Ausdruck, daß der Deutsche Buchdruckerverband den Gedanken der internationalen Solidarität stets hochhalten werde.

Dann wird die Frage der Bedienung der Offset- Maschinen betrachtet, über die zwischen den Steindruckern und den Buchdruckern große Meinungsverschiedenheiten herrschen. Von Höhn (Vorstand) und Anfermann (Zentralkommission der Drucker) wird gefordert, daß die Bedienung nicht nur den Stein- druckern, sondern auch den Buchdruckern zugestanden wird.

In einer lebhaften Debatte, die bis 10 Uhr anhält, wird energisch gegen die Einführung in Steindruckereien Stellung genommen. Um aber einer Verständigung nicht den Weg zu verwehren, werden die scharf gehaltenen Entschlie- dungen zurückgezogen. Schließlich wird folgender Antrag aus Hamburg und Stuttgart angenommen: „Die betrefis der Offset-Maschinen- Bedienung getroffenen Vereinbarungen sind einer Revision zu unterziehen in der Richtung, daß sowohl Buchdrucker als auch Steindruck- richte Maschinen bedienen können. Ein Zwang zum Uebertritt von einer Organisation in die andere darf nicht fest- gesetzt werden.“ — Um 10 Uhr wird die Abendung geschlossen. (Schluß folgt.)

Internationaler Buchdruckerkongress.

Im Anschluß an den Verbandstag der deutschen Buch- drucker trat am Montag vormittag im Gewerkschaftshaus in Hamburg der 9. Internationale Buchdrucker-Kongress zusammen. Anwesend sind Delegierte aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Holland, Island, Italien, Jugoslawien, Luzernburg, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, der Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Der Vorsitzende der Sekretariats- Kommission, Schumpf-Bern, stellt in seiner Begrüßungsrede fest, daß in den letzten Jahren die internationalen Beziehungen Fortschritte gemacht haben. Nach weiteren Begrüßungsansprachen wurden zu Vorsitzenden des Kongresses Schumpf-Bern, Seich-Deutschland und Matejschot-Belgien gewählt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Antrag von Kaiten-Stein-Ungarn, der auf den Montagstag am 21. September hindeutet, folgende Entschlie- sung einstimmig angenommen:

„Der am 8. September in Hamburg tagende 9. Inter- nationale Buchdrucker-Kongress erklärt in voller Ueberein- stimmung mit der übrigen organisierten Arbeiterschaft aller Länder unter Anrufung der Kultur und der Menschlichkeit, gegen die Bestrebungen, die auf einen Krieg hinführen, auf das entschiedenste zu protestieren und diese seine Stellungnahme in dem Ruhe der gewerkschaftlichen und politischen Internationale von Amsterdam und London zum Ausdruck zu bringen: Nie wieder Krieg!“

Der internationale Sekretär verlas dann ein Schreiben der Engländer, die mitteilen, daß sie eine Beschickung des Kongresses ablehnen müßten, weil die Verschärfung der internationalen Sekretariats nicht auf der Tagesordnung stehe. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetragen, die mit dem Bericht der Sekre- tariats-Kommission, von Bern abgelesen, beginnt. Die Tages- ordnung enthält weiter in der Hauptsache technische und organi- satorische Fragen, die vielfach ineinander greifen.

Keine Einigung im rheinisch-westfälischen Baugewerbe.

Der am Donnerstag, den 4. September, vom Reichs- und Staatskommissar Wehlich gefällte Schiedspruch für das rheinisch-westfälische Baugewerbe ist von den Bauarbeiter- Organi- sationen (freie und architektonische) in einer gemeinsamen Konferenz in Essen als nicht weitgehend genug abgelehnt worden. Der Kampf im Baugewerbe Rheinland und Westfalen soll mit un- verminderter Schärfe fortgesetzt werden.

Abtug, Baulenkner und Hilfsarbeiter.

Mit Zustimmung der hiesigen Lohnkommissionen treten ab 6. September neue Stundenlöhne in Kraft. Zugleich ist das Arbeitszeitabkommen bis Ende September verlängert worden. Die Lohnstufen sind gegen Vorlegung des Mitgliedsbuchs im Büro erhältlich. Die Ortsverwaltung.

Gibt Eure Anzeigen in der „Volkswacht“ auf.

Wir bitten Sie, Ihre Anzeigen in der „Volkswacht“ aufzugeben, da alle Anzeigen in der „Volkswacht“ aufgegeben werden.

DALMIN

Familien-Anzeigen

Am 7. September verstarb nach kurzem schweren Leiden unser werter Freund, Kollege und Mitarbeiter, der **Gesbntzer** 3914
Karl Bunk.
Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
Die Belegschaft der Eisengießerei L.-H.-L. A.-G.
Beerdigung: Mittwoch, den 10. September nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kesseler Friedhofes.

Rähmaschinen auch unbrauchbar
Isaak Wienzlers, Gräbnerer Straße 45.

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse des Sprachschwanzes! Lerne die Weltsprache **Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft
von **Georg Schmidt**
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporturen entgegengenommen.

Anzüge

Strickad., Strickweifen
Leighaus Tel. 21

Jerusalem Balm
Pohl & Co., An Wäldchen 5.

Bitte bei allen Ein- kufen Reis die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Käufe

Garn, Leinwand,
Fodeling, Käper, Röhhaar,
Kamehaar, Metalleiter,
samt zu höchsten Preisen
Berthold Lippert
Heinrichstraße 16.

Kleine Anzeigen
sind kompakt gesetzt, einsp- anzeig. u. Verlaufen, Kostge- suchen u. a. nur von Privat- Wort 3 Pfg., fcti 4 Pfg.

Arbeitsmarkt

Erste Handnäherin
für Herrenkonfektion, die auch Handknopfmacher (Gimpe) macht, bei hohem Lohn ge- sucht. Bescheiden 3912
Rehrmädchen.
Göhlitz, Weidenburgerstr. 14, 1.

Kartoffelträger!

Kraftige Frauen und Mädchen, mit landwirts- schaftlichen Arbeiten ver- traut, zur Kartoffel- u. Rübenarbeit zum so- fortigen Antritt gesucht. Zu melden beim Arbeits- nachweis bei Landwirts- schaftskammer Bielefeld, Bahnhofsstr. 19, Hof 1.

Junges Mädchen

für leichte Hilfsarbeiten ge- sucht. Röhner, Rehrm. 65.

Schneider

auf Mäntel und Sattos, auch Maßschneider, welche sich auf gute Konfektion einrichten wollen. Können sich mit Ausweis und Probearbeit melden.
Nathan Levy, Herrenkleidfabrik
Rehrm. 51.

Lüchtige, selbständige

Jaden-Arbeiterinnen
an erfindliche und saubere Arbeit gewöhnt, für unsere Werkstätten sofort gesucht.
M. Gersiel A.-G.
Schweidnitzer Straße 10/11, Hofeingang.

Lüchtige Ofenheizer

für Neubauten gesucht.
Rothmann, Rehrm. 24.

Lüchtige Kürschnergehilfen

und **Belznäherinnen**
für Jaden und Mäntel sofort gesucht.
M. Gersiel A.-G.
Schweidnitzer Straße 10/11, Hofeingang.

1 tüchtigen Steinseher

für sofort gesucht.
Weldung auf der Baustelle Zudersfabrik Bernstadt.
W. Wieszorke, Steinseherunternehmer.

Mädchen und Burischen

unter 20 Jahren in häusliche Einzelstellen bei guter Kost und Unterkunft sowie Tariflohn
sofort gesucht.
Deffentlicher Bezirks-Arbeitsnachweis.
Gartenstraße 5.
Landwirtschaftliche Abteilung, Zimmer 70 u. 22.